„Anarchie ist nicht Chaos, sondern Ordnung ohne Herrschaft!"

AKTION

Anarchistische Zeitung

Nr. 1/81 – 20 Pfg.

Erscheint unregelmäßig. Herausgegeben und gemacht von libertären Leuten und Gruppen im Rhein-Main-Gebiet.

BüB Bochum
d. Arbeiterbew.
SZD2319

Startbahn West: MILITÄRISCH GENUTZT?!

„GATEWAY TO EUROPE" FÜR DIE US-ARMY...

UNSER FOTO: Ein US-Truppentransporter Typ "Galaxy" im Anflug auf Rhein-Main Air-Base. Im Vordergrund: gefällte Bäume für Startbahn West.



Die Auseinandersetzung um die Startbahn West geht weiter – das ist gut so. Allerdings hat bisher kaum jemand auf den zweiten großen Nutznießer hingewiesen, der davon außer der Wirtschaft profitiert: die US-Armee. Dies untersucht der folgende Artikel.

Seit Jahren will die Flughafen Aktiengesellschaft (FAG) den Frankfurter Rhein-Main Flughafen (von den Amis treffend "GATEWAY TO EUROPE" genannt...) um eine neue Startbahn erweitern. Weder die Proteste der Lärmgeschädigten Nachbargemeinden, noch die der Umweltschützer, konnten die FAG und die hessische Landesregierung von ihrem Vorhaben abbringen.

Die Startbahngegner haben inzwischen nachgewiesen, daß die Startbahn West nicht nötig ist (was von namhaften Wissenschaftlern und von den Fuglotsen bestätigt wurde). Es wurden mehrere Großkundgebungen und Demonstrationen veranstaltet und ein Hüttendorf in dem als Baugelände freigegebenen Wald errichtet,.

Warum will die hessische Landesregierung (SPD/FDP) und Frankfurts OB Wallmann (CDU) und Gefolge die Startbahn West erzwingen, wenn sie für den zivilen Luftverkehr nachweislich unnötig ist?

Allgemeines

Mit fast vier Millionen Flügen pro Jahr besitzt die BRD den dichtesten Flugverkehr der Welt. Davon entfallen allein schon in "Friedenszeiten" mit 580 000 Flügen pro Jahr cirka 15% auf das Militär; 200 000 auf die Allierten und 380 000 auf die Luftstreitkräfte der Bundeswehr.

In keinem anderen Land besteht eine derart starke Vermischung der unterschiedlichen Luftverkehrsarten. Die davon ausgehende Belastung für die Bevölkerung ist daher in der BRD auch schwerwiegender als in anderen Ländern.

Rhein-Main als Zentrale des Lufttransports der US-Air-Force in Europa

"Das Military Airlift Command (MAC) ist ein selbstständiger Teil der US-Luftwaffe, der Personal und Material zum strategischen oder taktischen Einsatz auf dem Luftwege befördert."

Die "435 Tactical Airlift Wing, Rhein-Main Air Base (ist) verantwortlich für den strategischen, taktischen, luftfahrtmedizinischen und administrativen Betriebsablauf in Europa."

"Bedeutendste Einsatzhäfen im Ausland sind Layesfields auf den Azoren und Rhein-Main Air Base in Frankfurt."

" Zu den Hauptlandeplätzen der Reforger-Truppe (REFORGER = REturn FORces to GERmany) und des Nachschubs gehören Ramstein/Pfalz und der militärische Teil des Frankfurter Flughafens."

Forts. S. 2

El-Salvador-Demo in Frankfurt / ca. 3000 im Anarch. Block!

20.000 auf der Straße

Am 31. 1. fand in Frankfurt eine Demonstration gegen das Terror-Regime in El Salvador statt, an dem ca. 20.000 Menschen teilnahmen. Die Wut gegen den Völkermord in Mittelamerika entlud sich auch gegen die Schuldigen: amerikanische Banken, Kaffeehaus-Ketten und den US-Militär-Geheimdienst. Die Medien brandmarkten diese Aktionen als blinde Zerstörungswut und verschwiegen die wahren Ursachen.

Zu der Demo hatten sowohl kirchliche Gruppen, Gewerkschaftsgruppen, die El Salvador-Komitees, die Jusos, verschiedene K-Gruppen als auch die Organisationen der Türkischen, Iranischen, Chilenischen und spanischen Emigranten, die Anarchisten und Anarchosyndikalisten u.s.w. aufgerufen. Es war eine der größten und machtvollsten Demonstrationen, die es seit langem in Frankfurt gegeben hat. Große Teile der Demonstranten zeigten während des Marsches zum Ort der Kundgebung, daß ihre Solidarität mit El Salvador nicht nur verbalen Charakter hat. Die Angriffsziele der Demonstranten waren das Polizeipräsidium, die großen deutschen und amerikanischen Banken, und andere Konzerne, "die seit jeher bei allen Schweinereien ihren Profit aus Völkermord schlagen". (Originalton der Demonstranten). Auf dem Paulsplatz, wo die Kundgebung mit Vertretern der Savadorianischen Oppositionsbewegung FDR stattfand, lichteten sich die Reihen der Zuhörer, als ein SPD-Parlamentarier redete. Dies wurde von vielen als Zumutung aufgefaßt. Gerade die SPD hat allen Grund zu schweigen: In trauter Einheit mit der Sozialistischen Internationale (SI) vertritt die SPD seit Jahren eine geschickte Strategie, die in Mittel- und Südamerika einer



Kaputte Fensterscheiben erhitzen das deutsche Gemüt – Völkermord ficht die Seele des Spießers nicht an.

Forts. S. 2

SPANIEN: KRIMINALISIERUNG DER ANARCHISTEN

der Fall »SCALA«

Am 15. Januar 1978 brannte in Barcelona in Barcelona ein bekanntes Kabaret-Lokal nieder – die „Scala". 4 Arbeiter kamen dabei ums Leben – 2 von Ihnen Mitglieder der CNT, der spanischen anarchosyndikalistischen Gewerkschaft. Die Polizei kannte die Schuldigen sofort...

VERANSTALTUNG: Spanien heute
Am Freitag, den 6. 2. 80 findet in Frankfurt, Uni, um 19 Uhr eine Veranstaltung über die Entwicklung in Spanien und den Fall „Scala" statt. Mit Genossen von der AIT aus Spanien, Information, Ausstellung u. Film.
CNT Ffm. *I-FAU*

Alles begann damit, daß an diesem Morgen die CNT zu einer Demonstration gegen den „Moncloa-Pakt" aufgerufen hatte, der über 10.000 Arbeiter folgten. Dieser Pakt war eine Absprache unter Führern aus Politik, Unternehmertum und Gewerkschaften – ähnlich der „Konzertierten Aktion in der BRD – um mögliche Streiks, Lohnerhöhungen und soziale Kämpfe im Keim zu ersticken. Alle Gewerkschaften außer der CNT hatten an diesem Verrat teilgenommen.

Die CNT ist die anarchosyndikalistische Bewegung in Spanien, die bekanntlich im Mittelmeerraum eine starke und lange Tradition hat: bis zum Bürgerkrieg war die CNT stärkste Gewerkschaft, und nach dem Tode Francos erlangte sie rasch wieder an Bedeutung, da sie die einzige

Forts. S. 2

Über diese Zeitung

Dies ist nicht nur ein neues Blatt, sondern auch ein neues Konzept, das unseren Vorstellungen von dezentraler, nichthierarchischer und lustbetonter libertärer Arbeit entsprechen soll.

Am Anfang war der Wunsch der verschiedenen Gruppen und Einzelgenossen in unserem Raum, eine Zeitung zu haben, in denen wir zu Aktionen und Projekten, an denen wir beteiligt sind, so schreiben können, wie w i r es sehen, ebenso wie unsere Kommentare und Einschätzungen zu aktuellen Ereignissen ohne Zensur darstellen zu können. Das ist nämlich leider nicht mal in der alternativen Presse so selbstverständlich. Zum anderen war und ist der Wunsch da, im Rhein-Main-Gebiet eine engere Zusammenarbeit der verschiedensten libertären Gruppierungen und Leute aufzubauen, mit dem Ziel einer regionalen Föderation. Schließlich kam noch das Problem eines seit längerem bestehenden libertären Magazins, der Freien Presse, hinzu, daß ihre „aktuellen" Berichte immer [illegible] waren, wenn sie die Leser erreichten.

Nun glauben wir, ein Konzept gefunden zu haben, das all diese Bedürfnisse befriedigt, und das sieht so aus:

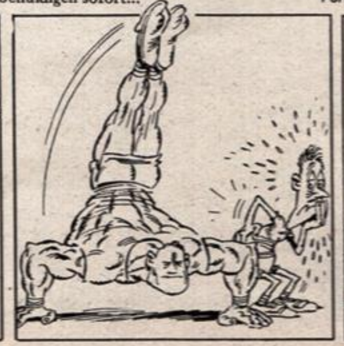
Die Zeitung erscheint unregelmäßig, immer wenn es was Interessantes, Aktuelles zu berichten gibt oder eine Gruppe Lust hat. Dies garantiert eine gezielte und s c h n e l l e Reaktion auf aktuelle Ereignisse – wir können innerhalb 2 Tagen auf der Straße sein. Die Zeitung hat keine feste Redaktion – jede Gruppe, die einen Anlaß hat, macht eine Nummer zu einem bestimmten Thema; Nummerierung und Titelkopf werden übernommen. So ist keine Gruppe überlastet, und die verschiedenen Nummern sehen von Grafik, Technik, Sprache usw. sehr verschieden aus – das entspricht unserem Selbstverständnis von libertärer Vielfalt und Toleranz und paßt sich außerdem sicherlich den einzelnen Themen und Leuten an. Nur bei ganz eiligen Themen macht eine Gruppe eine Nummer alleine; ansonsten trifft man sich jeweils bei einer Gruppe. Das fördert unser Kennenlernen und erleichtert eine Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten. Und schließlich wird die Zeitung auch an die Abonnenten der Freien Presse verschickt – ein Gewinn an Aktualität. Wer mehr über das Konzept wissen will, kann über die Redaktion eine ausführliche Darstellung anfordern.

Schließlich wollen wir noch erwähnen, daß diese Zitung keiner bestimmten Richtung im Anarchismus verschrieben ist. Sie steht allen Libertären offen. Das entspricht dem undogmatischen Kurs, den wir auch in unserer Föderation verfolgen wollen. *–die Redaktion–*

HINWEIS: Diese Zeitung wird auch im Abonnement mit der FREIEN PRESSE geliefert und bringt künftig den aktuellen Teil der F.P.

An-Archia Verlag, Wetzlar







STARTBAHN-WEST (Forts.)

(Forts. v. S. 1)

Soweit Zitate aus der Bundewehrzeitschrift "Soldat und Technik 2/1980, S. 66 bis 69", die zeigen, daß der Rhein-Main Flughafen in den strategischen und militärischen Planungen der USA und damit auch der NATO eine sehr wichtige Stellung einnimmt.

Das MAC in seiner heutigen Form entstand im Jahre 1965 im Zuge des Eintritts der USA in den Vietnamkrieg. Es hat die Aufgabe, "Lufttransportkapazitäten in dem Umfang ständig bereitzuhalten, daß alle vom vereinigten Generalstab und der Luftwaffe gestellten Aufgaben erfüllt werden können — von einer interkontinentalen Luftbrücke zum Transport von Kampftruppen und Ausrüstung bis zu Luftlandeeinsätzen in Kampfzonen."

Das Ziel dabei ist, "hochbewegliche Eingreiftruppen schnell dorthin zu befördern, wo sie benötigt wurden (werden), um Konflikte, die die Vereinigten Staaten betreffen abzuwenden, einzudämmen oder zu beenden." (Zitate siehe oben) Schon heute benutzt die Air Force den Rhein-Main Flughafen für Transporte in Kriesengebiete.

Die großen Transporter C-5 Galaxy und D-141 Starlifter können nur auf den großen Bahnen des Rhein-Main Flughafens abgefertigt werden, da sie 2500 m Piste zum Starten bzw zum Landen benötigen. Eine gesteigerte Anzahl von Starts und Landungen würde den Zivil- und Frachtverkehr auf Rhein-Main und damit auch auf anderen Flughäfen völlig zum Erliegen bringen. Totes Kapital würde dann hier liegen, das den Kapitalgesellschaften keine Profite mehr bringt. Wie praktisch wäre da eine große Startbahn und vielleicht noch eine zusätzliche Landebahn!! Sie könnten die Zahl der Starts von Militärtransportern schlagartig erhöhen ohne den Zivilluftverkehr wesentlich einzuschränken.

Schon heute wird in zunehmenden Maße US-Militärgerät im Rhein-Main gebiet gelagert — in Eschborn sind große Lagerhallen für militärisches Gerät geplant — das z.B. bei einer militärischen Intervention der USA im Nahen Osten Verwendung findet.

So hat das US-Militär seit Januar 80 eine 200 000 Mann starke Einsatztruppe ("Rapid Deployment Force RDF") aufgestellt. "Eine Art Kriesenfeuerwehr, die künftig immer dann eingesetzt werden soll, wenn irgendwo ein Brand droht — egal ob in Stadtgebieten und in Regenwäldern, unter arktischen Bedingungen oder in Wüsten - sowie Steppenregieonen, wie Army-Chef Edwards C. Meyer formuliert." (Spiegel, 29/80 S. 88)

Die "Wirksamkeit" solch einer Eingreiftruppe hängt unter anderem davon ab, wie schnell diese Einheiten an den Einsatzpunkt gebracht werden. Im Januar 80 hätte es noch zwei Wochen gedauert bis erste Einheiten einsatzbereit gewesen wären. Heute nur 48 Stunden. Solange das US-Militär allerdings darauf angewiesen ist, vom amerikanischen Kontinent aus zu starten, werden sie immer "Zeit verlieren" müßen, um z.B. in den Nahen Osten zu gelangen. Das dem Nahen Osten ein besonderes Augenmerk gilt, zeigen die Übungseinsätze der RDF in Ägypten (Frankfurter Rundschau vom 26.11.80) und die erklärten Ziele der US-Militärs: "Im Interresse künftiger Generationen unseres Landes, empfahl Paul X. Kelly, (Befehlshaber der RDF) sollten die Usa Truppen über den Erdölgebietendes Nahen Ostens und an den Stränden des Persischen Stränden absetzen."(Spiegel 29/80 S. 88)

Naheliegend für diese Aufgaben ist die Stationierung von Einheiten und Gerät in Europa und wegen seiner zentralen Lage im Rhein-Main Gebiet, zumal sich hier schon große militärische Anlagen der US-Besatzer befinden. Eine militärische Intervention im Nahen Osten z.B. würde zusätzliche 800 bis 1000 Starts erfordern, die der Frankfurter Flughafen in seiner jetzigen Größe nicht verkraften könnte. Eine große Start und Landebahn würde das Problem für die US-Besatzer lösen. Ende Oktober 80 eröffnete US-Botschafter Stössel Verteidigungsminister Apel den Plan, die US-Anlagen in der BRD "so auszubauen und zuerweitern, daß sie von den amerikanischen Streitkräften aus als Zwischenstation und als Basis für die Verlegung größerer Verbände in andere Regionen, vor allem dem Mittleren Osten geeignet sind." (FAZ, 1.11.80)

Ausbaupläne von Flughäfen — Kriegsvorbereitung von USA und NATO?

Das Geschrei der amerikanischen Regierung nach mehr Solidarität der Verbündeten, sprich NATO, nach jährlicher Erhöhung des Verteidigungshaushalts um mindestens 3% ist nicht zu überhören. Ausserdem erwartet sie, daß die NATO-Mitglieder militärische Aufgaben übernehmen, die die amerikanischen Streitkräfte nicht mehr erfüllen können, wenn sie in anderen Teilen der Welt agressiv auftreten. Präsident Reagan hat es bereits formuliert: Demnächst wird es keinen Teil der Welt mehr geben, der Ausserhalb der Interessensphäre der USA liegt!

Zur Durchsetzung dieser Interessen spielt die NATO eine bedeutende Rolle, z.B. die Erweiterung ihres Operationsgebietes bis in den persischen Golf.

Dem Militärbündnis geht es von Anfang an nicht nur um militärische Interessen, sondern immer schon um wirtschaftliche; wie die Erhaltung und Erweiterung von Absatz- und Rohstoffmärkten. Etwas verkleidet lautet die Devise der NATO: „Entschlossen die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ... auf der Grundlage der Demokratie ... zu gewährleisten." (v. Bredow, Militärpolitik S. 45)

Diese Aussage hatte Gültigkeit als 1967 faschistische Militärs in Griechenland putschten und zwar mit Unterstützung der NATO; hatte ebenso Gültigkeit für die Diktatur in Portugal. Beide Länder waren Gründungsmitglieder der NATO.

Fazit

Wenn also über Sinn und Unsinn der Startbahn West diskutiert wird, wenn im Parlament die bezahlten Gutachter des Staates ihre Show abziehen, dann sollte eines nicht vergessen werden: Es ist nicht nur der Skandal, das wirtschaftliche Interessen über die Interessen der Bevölkerung, über die Belange der Ökologie und über die Notwendigkeiten des Naturschutzes gestellt werden — es ist auch so, daß im Hintergrund als „graue Eminenz" der Moloch Militär seine Interessen im Spiel hat. Der Militarismus zerstört unser Leben und Umwelt nicht nur im Krieg — auch im Frieden. Nur: Über Wirtschaft kann man (noch) diskutieren — militärische Belange sind geheim und somit tabu.

Zeit also, die Maske abzureißen und die Wahrheit beim Namen zu nennen!

EL-SALVADOR-DEMONSTRATION (Forts.)



Forts. v. S. 1)

Politik zum Durchbruch verhelfen soll, die eine wirkliche Befreiung der Völker dort verhindern soll und statt dessen auf eine Etablierung von Systemen a la "Modell Deutschland" hinausläuft. Mehrere Gruppen, die gemeinsam auf dem Rückweg zu den Bussen bzw zur Veranstaltung in der Uni waren, wurden von Polizeieinheiten und Wasserwerfern überfallen. Es gab wie immer viele Verletzte und einige Festnahmen. Die Demonstranten antworteten hierauf nicht mit einer Strassenschlacht, um die Pazifisten und die Passanten nicht zu gefährden. Es wurde stattdessen wegen der US-Intervention in

DER FALL "SCALA" (Forts.)



Gesucht: Spitzel Gambin

(Forts. v. S. 1)

revolutionare Gewerkschaft war und ist. 1978, als die „S cala" abbrannte, zählte sie ca. 350.000 Mitglieder.

Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Trotzdem war schon am Tag nach dem Brand die CNT der Buhmann: 5 Teilnehmer der Demonstration, Jose Cuevas, Javier Canadas, Arturo Palma, Luis Munoz und Maite Fabres; die ersten vier sitzen noch heute im Knast. Sie sind inzwischen nach einem skandalösen Prozeß, Folter im Gefängnis (Sogar Amnesty-International bestätigte erst kürzlich die Folter in spanischen Gefängnissen — die 4 wurden sogar im Beisein der Presse und vor den Richtern von Polizisten geschlagen!) und gefälschten Ermittlungen der Behörden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden — als Schuldige für den Brand in der Scala.

Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus: Der vermutliche Täter, Juan Gambin, läuft noch frisch und frei durch Spanien, die Polizei nimmt ihn nicht fest. Kunststück, denn alles spricht dafür, daß Gambin ein Spitzel und Provokateur der Polizei war:

Er hatte sich das Vertrauen einiger Genossen erschlichen und am Abend vor der Demonstration den Angeklagten vorgeschlagen, einige Molotov-Cocktails zu bauen, „um sich gegebenenfalls gegen die Polizei oder Faschisten verteidigen zu können." Die Cocktails wurden dann auch gebaut, blieben aber die ganze Zeit über in einem Beutel, da es zu keinem Angriff von Polizei oder Faschisten kam. Nach der Demo schlug Gambin vor, doe Cocktails in die Scla zu werfen. Die 5 anderen lehnten empört ab: diese Aktion wäre sinnlos gewesen. Außerdem waren 80 % der Scala-Beschäftigten CNT-Leute. Gambin trennte sich daraufhin von den Genossen und wollte „die Mollis in den Gulli kippen." Kurz darauf wurde er von anderen Leuten gesehen — ohne die Mollis. Inzwischen war der Brand in der „Scala" ausgebrochen...

Noch in der Nacht wurden die 5 Genossen wie am Schnür-









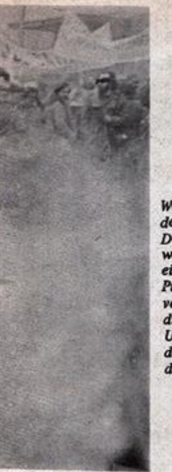
DIESE NUMMER HABEN VERBROCHEN:

Amador
Horst
Kersten
Lutz
Sabine









Während der Demo wird eine Puppe verbrannt, die den US-Präsidenten darstellte.

oto: Rainer Grunert

El Salvador das im Westend gelegene Gebäude des US-Militärgeheimdienstes C.I.D. angegriffen und erheblich beschädigt.

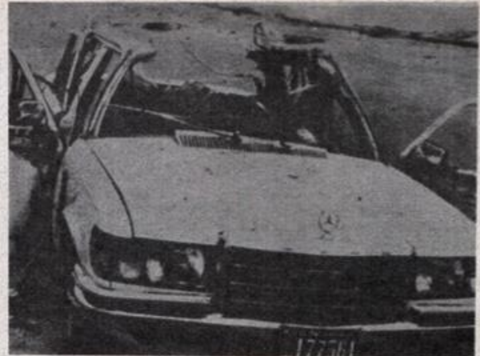
Sehr erfreulich war, daß an der Demo ein mehrere tausend Personen starker Block der Anarchisten teilnahm.

Betroffen macht uns wieder einmal die Reaktion der Bevölkerung, die sich über zerbrochene Scheiben empören, zu dem Massenmörd an ihren Mitmenschen in El Salvador aber schweigen.

DER HINTERGRUND

In El Salvador herrscht seit dem Sturz des Diktators Romero 1979 eine Militäjunta von Faschisten und Christdemokraten, welche das einzige Ziel hat, die Macht und den Besitz der 14 herrschenden Familien zu erhalten. Durch wahllose Massaker und nächtliche Meuchelmorde soll die Bevölkerung eingeschüchtert und der Widerstand erstickt werden. Hierbei schreckt die Junta auch nicht davor zurück, Völkermord im eigenen Land zu begehen: Bisher kamen schätzungsweise 30.000 Menschen ums Leben. Die Mörder der Todesschwadrone sind Nationalgardisten, reguläre Soldaten und ultrarechte Banden. In den letzten Tagen wurden, wie üblich zur Erhaltung der "Freiheit" und der "Menschenrechte" 800, als Berater getarnte US-Anti-Guerilla Spezialisten nach El Salvador geschickt. Damit greifen die USA jetzt direkt mit ihren Truppen in den Bürgerkrieg ein. So soll auch den großen Kaffeekonzernen (Tchibo, Eduscho, Melitta, u.s.w.) der Profit weiterhin gesichert werden.

Motor & Sport:
DAS CABRIO DES JAHRES 1980



In diesem gepanzerten Mercedes starb Anastasio Somoza, Ex-Diktator aus Nicaragua. In seinem Exil in der Militärdiktatur Paraguay ereilte ihn die späte Rache seines Volkes: Guerrilleros busteten die Limosine mit Bazookas. Wenngleich wir Anarchisten das Töten von Menschen grundsätzlich nicht gutheißen, können wir unsere Genugtuung nicht verbergen.

chen verhaftet und galten von Anfang an in den Medien als die Schuldigen — die CNT wurde als Terrororganisation diffamiert. Gambin ward weder gesehen noch gesucht. Für den Staatsanwalt ist alles klar, für uns nicht:

— Woher, wenn nicht von Gambin, erfuhr die Polizei innerhalb eines Tages, wer die Täter waren?

— Warum machte die Polizei gegenüber Richter und Staatsanwalt keine Angaben über Gambin, bis die Ermittlungsbehörden diese ausdrücklich anforderten?

— Wieso brach der Brand — wie Fotos beweisen, im h i n t e r e n Teil des Gebäudes aus, während die Polizei behauptet, die Cocktails wären in den Eingang geworfen worden?

— Wo sind die Beweisfotos geblieben, die ein Amateur zufällig machte und die unter misteriösen Umständen „aufgekauft" wurden?

— Wer hat den Kioskbesitzer umgebracht, der von seinem gegenüberliegenden Laden als einziger Tatzeuge den oder die Täter hätte beschreiben können und dessen erste Aussagen keinesfalls mit der Beschreibung der Angeklagten übereinstimmen?

— Wieso hat die Polizei in diesem misteriösen Mordfall, der geschah, als die Angeklagten bereits im Knast saßen, nicht ermittelt?

— Wieso hat die Regierung jede Untersuchung von Privatpersonen oder Organisationen — z.B. von Seiten der CNT-Untersuchungskommission — verboten?

— Wieso ließ es der Staatsanwalt zu, daß die Ruinen abgerissen wurden, bevor die Beweissicherung abgeschlossen war?

— Wieso ermittelte man nicht die Möglichkeit einer vorsätzlichen Brandstiftung durch die Besitzer? Die kassierten nämlich eine riesige Summe, und zwar noch, als der Fall in Untersuchung war. Das ist absolut unüblich, denn Versicherungen zahlen bei Terrorschäden sonst n i e ! Die Besitzer hatten außerdem angegeben, das Geschäft liefe sehr gut — in Wirklichkeit aber hatten sie noch kurz vor dem Brand einen Zahlungsaufschub bei der Rentenversicherung beantragt — wegen „Liquiditätsschwierigkeiten!"

— Wer war der misteriöse Anrufer, der ein in der Scala arbeitendes Fernsehteam kurz vor dem Anschlag zum Abbruch der Dreharbeiten veanlaßte — wollte man sich lästige Zeugen ersparen?

Viele offene Fragen — für uns ist die Antwort klar: Gerade in dem Augenblick, wo die CNT zu einer Gefahr für die offizielle Sozialpartner-Politik der Madrider Regierung wird (Innenminister Villa 2 Wochen vor dem Anschlag in einem vertraulichen Gespräch: „Mit der CNT muß jetzt ein für allemal Schluß gemacht werden!") ein solcher Tiefschlag. Offenbar eine organisierte Kampagne gegen einen unbequemen Kritiker. Und die Kampagne hatte Erfolg, denn in der darauffolgenden Zeit verlor die als kriminell hingestellte CNT viel Sympathien in der Arbeiterschaft. Vielleicht auch ein mit den Behörden abgesprochener Versicherungsbetrug des Scala Besitzer, den man der CNT leicht in die Schuhe schieben konnte. Wahrscheinlich sogar beides.

Für diese miesen Tricks des Staates müssen nun 4 jungen Menschen bis zu 17 Jahren ins Gefängnis! Und der Agent Provokateur, Mittel der spanischen Polizei (und nicht nur der spanischen...) seit jeher gegen die Anarchisten — läuft frei herum.

Allerdings: der Fall Scala ist noch nicht gegessen. In Spanien entlud sich während der Prozesse ein Sturm der Empörung in Demonstrationen, Straßenkämpfen und kritischen Presseberichten. Der Staat hat mit Recht Angst vor diesem Protest — ein mit bekannten Sängern organisiertes Solidaritätskonzert verbot er kurzerhand. Er wird seinen Grund dafür gehabt haben...

HÄUSERKAMPF



Auch in Fürth wurde wacker zugeschlagen: Hier besetzten die Instandbesetzer wohl das schönste Haus bisher — die Prunkvilla des Quelle-Chefs Schickedanz. Hier sollte ein Parkhaus entstehen. Daraus wird vorerst mal nichts!

Leute, seid heiter — der Häuserkampf geht weiter! Neue Besetzungen in Berlin, Göttingen, Nürnberg, Düsseldorf, Fürth...

Der Häuserkampf geht weiter, das zeigen die letzten Ereignisse ganz deutlich. In Berlin, Frankfurt, Göttingen, Hannover, Nürnberg und Fürth wird instandbesetzt — findet Häuserkampf statt. Hier mal die Nürnberger Sache ein bißchen genauer:

Es gab zwei Hausbesetzungen: die Veillodtstraße 33 und die Johannisstraße (Olaf Ritzmann Haus). Die 'Veille' ist ziemlich brutal geräumt worden, kurz nachdem sie Silvester besetzt worden war. Das lief dann so ab, daß die Bullen trotz offener Haustür und nicht vorhandenem Widerstand der Besetzer durch die Fenster kamen, mit dem üblichen Aufwand. Die Johannisstraße ist noch besetzt, und es entwickelt sich so, daß die Stadt das Gebäude wahrscheinlich kauft und an die Besetzer vermietet. Dort sollen außer Wohnungen auch ein Cafe und evtl. ein Kinderladen entstehen.

Die Position der Hausbesetzer ist folgende: „Wenn sie uns abräumen, leisten wir keinen Widerstand." Sie rechnen mit der Unterstützung durch die Bevölkerung, die von Tat zu Tag wächst: „Je länger die Polizei wartet, desto besser für uns." Zu dem Vorwurf, sie seien Spontis und Chaoten, erklärten die Besetzer in einem Interview mit dem Stadtmagazin „Plärrer": „So kann man das nicht abtun. Spontis sind Leute, die mal da, mal dort hingehen und nichts konkretes machen. Wir begreifen uns als Kollektiv, da wird geplant und organisiert und steckt politische Arbeit dahinter. **Wir begreifen uns als libertär, ohne Rädelsführer und ohne Parteiprogramm.**

Bleibt nur noch zu sagen: Der Häuserkampf wird weitergehen — militant wie pazifistisch. Beide Formen sind wichtig, beide richtig.

Der Kampf geht weiter— überall! Ⓐ

Kommentar:

NUR KRAWALL, ODER WAS?

In Frankfurt gingen dieser Tage 20.000 Menschen auf die Straßen. Sie demonstrierten gegen einen Völkermord in Mittelamerika, wo in einem kleinen Land täglich -zig Menschen bestialisch vom Staat und rechten Terrorbanden ermordet werden, Frauen, Kinder, Bauern, die gegen das Verhungern kämpfen. Schuld an diesem täglichen Massaker, dem bisher über 30.000 (Dreißigtausend — das muß man sich mal vorstellen!) Menschen zum Opfer fielen, sind in erster Linie die USA, die die korrupte Rechtsjunta, die ihr eigenes Volk massakriert, mit Waffen und Geld unterstützen und die internationalen Banken und Kaffee-Multis, die das Land seit Generationen auspowern und die wiederum die Politik der USA erheblich mitbestimmen. Wen wundert es da, wenn sich die Wut der Demonstranten, die Empörung über den Staatsterror in El Salvador, nicht in Sonntagsreden und Resolutionen erschöpft, sondern gegen diejenigen richtet, die die größte Schuld daran tragen? In Frankfurt gingen nämlich die Schaufenster amerikanischer Banken kaputt. In Frankfurt wurden Filialen großer Kaffeehausketten demoliert, die ihre braune Brühe mit dem roten Blut der Menschen in Mittelamerika erkaufen. In Frankfurt wurde die Zentrale des militärischen US-Geheimdienstes angegriffen, der solche Strategien erarbeitet, die jetzt in El Salvador so vielen Menschen das Leben kosten.

In den Medien aber liest man nur von Krawall, Zerstörung, Wandalismus. Da wird von Sachschaden gesprochen, von gewalttätigen „kleinen Banden", die „nur Putz" wollen. Die BILD Zeitung bringt es sogar fertig, lang und breit über die Frankfurter Kämpfe zu schreiben, ohne auch nur auf den G r u n d der Demonstration einzugehen. D a s ist Staatsmoral: Zerbrochenes Glas erhitzt die Spießerseele zum Ruf nach Henker und Faschismus — an zerstückelten Menschen nimmt die Seele keinen Schaden.

In Berlin und Göttingen gingen dieser Tage Menschen auf die Straße, die nicht wissen, wo sie schlafen sollen. Sie leben in einer sogenannten Überflußgesellschaft, in der eine Wohnung für tausende zum Luxus wird. Eine Gesellschaft, in der gleichzeitig tausende von Wohnungen leer stehen — weil irgendein Geldmensch damit spekuliert. Gegen diese Spekulation mit menschlichem Elend greifen immer mehr Menschen zur natürlichsten Waffe — zur Direkten Aktion. Sie helfen dem Übel ab, indem sie sich nehmen, was sie brauchen und was andere, die es nicht brauchen, ihnen und tausenden anderen vorenthalten: Wohnungen, die absichtlich dem Verfall preisgegeben werden, werden besetzt und renoviert. Was gibt es natürlicheres?

In den Medien wieder die alte Leier: Rowdis und Krawallmacher vergreifen sich an fremdem Eigentum und bedrängen die arme Polizei. Das Gegenteil ist der Fall: die Besitzenden und der Staat, der diese repräsentiert, pfeifen ihre Kettenhunde herbei, und die Polizei macht beiden die Dreckarbeit: die besetzten, renovierten Häuser sollen geräumt werden. Wer sich gegen diesen Staatsterror, der jedem logischen Denken und jedem unverdorbenen Gerechtigkeitsgefühl widerspricht, wehrt, ist ein Terrorist. So einfach ist das.

„Treibt Deutschland an den Rand der Anarchie?" fragte nun ein besorgter Kretin, einer jener bezahlten Berufsschreiber die nicht wissen, über was sie sich in Rundfunk und Presse eigentlich auslassen. Hoffentlich! können wir nur antworten. Denn: Anarchie ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Herrschaft und Gewalt. In einer anarchistischen Gesellschaft gibt es weder Völkermoerd wegen Kaffee und Strategie noch Wohnungsnot wegen Spekulation. Dies mag zwar so manches liebgewonnene Klischee bei den Medien-Freaks zerstören, aber es wird sich nicht verhindern lassen. Denn auf die Dauer wird es nicht geheimzuhalten sein, daß die „mehreren tausend Demonstranten in Lederjacken und mit den Schwarzroten Fahnen" die diese empörungswürdigen Taten begingen, zum größten Teil Anarchisten weren — Anarchisten im besten Sinne des Wortes, die nicht die Bevölkerung terrorisieren wollen, sondern den Schuldigen an Massaker und Terror — zum Beispiel in El Salvador — etwas von ihrer arroganten Sicherheit nehmen, in der sie sich in Frankfurt am Main wiegen. Die Bevölkerung wird hingegen von den Meinungsmachern terrorisiert. Wie lange noch, bis sie's merkt...?

—sto—

ERT+++KURZ NOTIERT+++KURZ NOTIERT+++KURZ N

GELDSAMMLUNG

Die in der BRD lebenden spanischen Anarchisten und CNT-ler haben eine Sammlung für die El-Salvador-Waffenhilfe begonnen. Bisher kamen über 1.600,– DM zusammen.

EXPRES EMIGRANTE

heißt eine neue Zeitung libertärer span. Gastarbeiter in der BRD, die zusammen mit impulso (Magazin) erscheint. Bezug: c/o impuls, 633 Wetzlar, Postf. 1704

AKTION „SCHWARZE BOHNE"

In Wiesbaden hatten bisher unbekannte Kaffeeterroristen eine originelle Idee: Sie überfielen sie eine Filiale einer bekannten westdeutschen Kaffeehauskette und erbeuteten ca. 16 Zentner besten Bohnenkaffees. Den Verkaufserlös überwiesen sie an die westberliner 'Tageszeitung', die bisher schon fast 1Million DM für Waffen für El Salvador gesammelt hat. Das ist originelles Recycling. Aber verboten!









Über uns:

Wir sind Anarchisten.
Das bedeutet, daß wir für ein System der Freiheit für Alle eintreten.
Denn: An-Archie heißt Herrschaftslosigkeit.
Generationen von Feinden der Freiheit haben alle Anstrengungen unternommen, Anarchismus als Terror, Gewalttätigkeit, Chaos und Zerstörung hinzustellen.
Nichts ist falscher.
Unser Ziel ist die Verwirklichung einer Gesellschaft, in der es keine Herrschaft, keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt.
Abschaffung des Kapitalismus und Aufbau einer freien Gesellschaft, in der es keine zentrale Macht mehr gibt und in der das Prinzip der freien Vereinbarung und das System der freien, jederzeit abwählbaren Räte uneingeschränkt gelten, sind unsere Forderungen.
Wir sind dabei nicht versponnen oder utopisch, sondern haben bestimmte Vorstellungen darüber, wie diese Gesellschaft organisiert sein soll – und wie sie organisiert w a r, denn:
die Anarchie hat in unserem Jahrhundert bereits in mehreren Ländern über Jahre existiert – und funktioniert.
Insofern sind wir Sozialisten, im besten Sinne des Wortes.
Ebenso konsequent jedoch, wie wir den Kapitalismus kritisieren, stehen wir dem autoritären Kommunismus gegenüber und somit jenen verbrecherischen Systemen, wie sie z.B. in der UdSSR bestehen, wo der Größenwahn und die Kleinkariertheit einer Partei die Sache des Volkes im Blut ertränkt hat.
Wir brauchen zur Befreiung keine Partei – im Gegenteil. Ihr verkalkter Apparat kann uns nur hinderlich sein, unsere Mittel der Befreiung sind:
Aufklärung, Agitation und direkte Aktionen der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker.
Das heißt:
SELBSTORGANISATION UND SELBSTVERWALTUNG IN ALLEN GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN!

IN FRANKFURT PFEIFT'S IM ÄTHER...



Auch in der BRD sprießen sie – die freien Radiosender. Kein Wunder, denn in der BRD ist durch Staatsmonopol und verdummende offizielle Medien der Boden mehr als reif. In Frankfurt gibt es seit kurzem „Radio Isnogud", ein freier Sender, von der Basis und ohne Parteilinie. Radio Isnogud sendet von jetzt ab regelmäßig alle 14 Tage (sobald als möglich allwöchentlich) jeweils jeden ersten und dritten Montag auf UKW 101-104 MHZ. Erster Sendetermin: 2. 2. 81. Guten Empfang und nen schönen Gruß an die GEZ – sie sollen mal Kohle rausrücken!

„Ein freies Radio sollte nicht von dem berichten, was geschehen ist, sondern ein Gespür dafür entwickeln, was geschehen könnte. Dafür gibt es Beispiele, die uns, den Radiofans, Mur machen, von A wie Alice bis Z wie Zebra. Nur auf Frankfurt reimt sich bisher meistens Krankfurt. Wir, die Initiatoren, sind keine verschworene, klandestine Crew, die mittels des Werkzeugs Radio die richtigen Ideen in die Köpfe einbleuen will. Damit hätte Isnogud die Funktion eines engbedruckten KBW-Flugblatts, und wäre zum Scheitern verurteilt. Wir träumen von einem Radio von allen für alle – nicht mehr und nicht weniger!!!"

Mit diesem Konzept stellten sich kürzlich die Sender von „Radio Isnogud" ihren Hörern in Frankfurt vor. Sie haben für die notwendige technische Apparatur gesorgt, und stellen sie in die lokale Bewegung – zu ihrer Verfügung: „Ein Stadtsender für alle, die etwas sagen wollen... ein Radio, das zu bestimmten politischen Projekten und Problemen informiert, Stellung bezieht und agitiert...Ein Radio, das offene Fragen formuliert... Ein Radio, das die Ungeheuerlichkeiten in dieser Stadt dokumentiert... Ein rotz freches Radio... Ein Punksender... und was noch?"

In unserem „freiesten Staat der je auf deutschem Boden existierte" ist jedoch jeder, der einen freien Radiosender betreibt, ein Krimineller (im Gegensatz zu Italien und anderen Ländern). Rundfunk und andere elektronische Medien sind das Monopol des Staates, und der Staat weiß sicher sehr gut, weshalb...

> **„Mit dem Fernsehen hat der Staat in jedem Wohnzimmer einen permanenten Agenten."** *– aus der Resolution der Anarchistischen Internationale zum Thema Fernsehen –*

Deshalb müssen sich die Leute von Isnogud gegen die staatliche Verfolgung schützen, denn im Maximalfalle blühen ihnen 5 Jahre Knast. „Wir hoffen darauf, daß ihr entweder in euren Projekten selbst Briefkästen aufstellt und sie mit Cassetten für Isnogud versorgt (sollten nicht länger als 30 Minuten bespielt sein), oder euch nach bereits aufgestellten Kästen in den linken Projekten umschaut."

Na denn mal los...!

SKANDAL! MINISTER APEL STELLTE STRAFANTRAG



Für einen antimilitaristischen Artikel in einer Regionalzeitung sollen Autor, Redakteur und Verleger 3 Monate in den Knast gehen.

m

„Jeder Soldat ist ein berufsmäßiger, trainierter Mörder, jeder Ausbilder ein Anstifter zu Mordtaten, jeder Luftwaffenpilot ein professioneller Bombenwerfer, jeder Waffenwart ein Bombenbastler, jeder Musiker einer Militärkapelle ein Public-Relations-Mann des Todes und so weiter. Jede Armee ist eine Terrorbande!"

Das war die Zusammenfassung eines über 4 Seiten langen antimilitaristischen Artikels, den Horst Stowasser in der Nullnummer der Wetzlarer Regionalzeitung LAHN DILL BOTE im Juli '80 anläßlich von Zapfenstreich und öffentlicher Vereidigung in der mittelhessischen Garnisonsstadt veröffentlichte. Es war und ist die banale Feststellung einer Tatsache – der nämlich, daß Soldaten zum Töten da sind und dazu ausgebildet werden.

Der Artikel löste einen Sturm der Entrüstung aus und sogrte für einen Skandal. Nicht nur, daß das Lokalblatt (Wetzlarer Neue Zeitung) zum Halali gegen Rüdiger Kreissl, Juso-Vorsitzender und Verleger des Blattes blies und ihn zum Rücktritt von seinem Stadtverordnetenmandat zwang – auch bundesweit wurde dieses Zitat im Wahlkampf und später weidlich ausgeschlachtet. Nicht genug damit: Namhafte Offiziere, der Bundeswehrverband und Verteidigungsminister Apel (jawohl – d e r Apel, der öffentlich vor der Pazifistischen Gefahr w a r n t – er will offenbar gerne Kriegsminister werden) erstatteten Strafanzeige wegen Beleidigung und Störprogaganda gegen die Bundeswehr. Und das nicht nur gegen den Autor, sondern auch gleich gegen den Verleger und den presserechtlich Verantwortlichen, Miguel Marcos.

Weder Horst Stowasser noch Redaktion und Leserschaft des Lahn Dill Boten (der sich inzwischen zu einer stabilen Lokalzeitung entwickelte) sehen allerdings eine strafbare Handlung und haben kein schlechtes Gewissen. Sie stehen zu dem Gesagten und zu der Freiheit, sich in diesem Staate frei ausdrükken zu können: „Was wahr ist, wird auch gedruckt."

Und wahr ist eine solche Aussage allemal.

Der Artikel war überschrieben „Nein zu Terror und Bomben". Das könnte eine Überschrift aus der Bild-Zeitung gewesen sein – aber wenn ein Autor sich gegen die w i r k l i c h e n, gegen die berufsmäßigen Bombenwerfer wendet, dann ist ein Tabu angetastet. „Töten, Zerstörung und Völkermord sind also Privilegien, die nur staatlich sanktioniert zu sein brauchen, um einen anderen moralischen Wert zu bekommen. Töte ich einen einzelnen Menschen, komme ich an den Galgen – töte ich hingegen hunderte in Uniform, bekomme ich einen Orden und bin ein Held. (...) Staatlich sanktionierter Mord wird zur Heldentat." hieß es in dem Artikel nicht ohne Grund. Die psychologischen Anspielungen auf unterschwellige sexuelle Empfindungen und die Fotos grausam verstümmelter Kriegsteilnehmer taten ein übriges, um die gesunde deutsche Volksseele zum Kochen zu bringen. Den Lahn Dill Boten erreichten Morddrohungen sogar aus Australien...

Mittlerweile bereiteten sich die drei uneinsichtigen Angeklagten auf ihren Prozeß vor. Den wollten sich aber wohl die Behörden sparen, denn sie schickten einen Strafbefehl (wie er sonst bei Verkehrsdelikten üblich ist) ins Haus: 90 Tagessätze a 20 Mark – ein vierteljahr Knast also dafür, daß man etwas sagt was jeder weiß, und dafür, daß man das als Verleger zuläßt. Schöne Pressefreiheit...

Inzwischen wurde gegen den Strafbefehl Widerspruch eingelegt. Um den Prozeß kommt der Staat nicht umhin. Dieser Schuß wird ihm aber wohl nach hinten losgehen.

– PS.:– Der Artikel wurde inzwischen von mehreren Zeitschriften (u.a. Schwarzer Faden und Frankfurter Autonomen-Zeitung) nachgedruckt!

Die Nullnummer des Lahn-Dill-Boten sowie die folgenden Nummern können noch bezogen werden bei: Lahn Dill Bote, Verlag Rüdiger Kreissl, Postf. 1948, 633 Wetzlar

KONTAKTE zu Gruppen und Leuten aus dem Rhein-Main-Gebiet – hier gibts auch die AKTION!

FRANKFURT – Auch Redaktionsadresse und Vertrieb: *c/o I-FAU/AFF, Postf. 55 04 55, 6000 Frankfurt/M.-50*

WIESBADEN: *Postlagerkarte 0 62 0 32 A, 6200 Wiesbaden*

HANAU: *c/o KOZ, Friedrich-Ebert-Anlage 4, 6450 Hanau*

DIEBURG: *Wolfgang Weber, Postfach 1211, 6110 Dieburg*

WETZLAR: *Helmut Wiewiorra, Konr. Adenauer Promenade 12 6330 Wetzlar*

GIESSEN: *Sabine Müller, Marktstraße 2, 6330 Gießen*

LIMBURG, MANNHEIM und eine Reihe anderer Orte z. Zt. über die Redaktion erfragen!

Nächste Kontaktstelle:



NEUES AUS CHILE

Die Situation 1980 war gekennzeichnet durch zunehmende Differenzen zwischen verschiedenen chilenischen Gewerkschaftsführern. Insbesondere hat es anläßlich des 1. Mai einen Bruch zwischen Christdemokraten und der Unidad Popular (Volksfront) gegeben.

Wichtiger als diese Zwistigkeiten zwischen Bürokraten ist die Kritik des **Komitees zur Verteidigung der Arbeiterrechte** (CODES), geleitet von einem Veteran der chilenischen Anarchosyndikalistischen Bewegung, Clotario Blest, der einer der Grundungsmitglieder des Gewerkschaftsdachverbandes CUT war, an einer Gruppe von Gewerkschaftsführern, die Repräsentanten dieses Parteienstreits sind. Dagegen ruft die CODES alle chilenischen Arbeiter(innen) auf, den von der Junta zerschlagenen Gewerkschaftsdachverband CUT wieder aufzubauen – und zwar **von der Basis her**, unabhängig vom Staat, Parteien und Gewerkschaftsbürokratie.

Dieser Aufruf hat zu einer verstärkten Repression der Militärjunta gegen CODES geführt, aber auch zu verschiedenen Auseinandersetzungen unter Gefangenen in Santiago de Chile. Insbesondere verhaftete Mitglieder der stalinistischen MIR (Bewegung der revolutionären Linken) versuchen hier, ihre Vorstellungen und Bedingungen anderen Gefangenen – teilweise unter Drohungen – aufzuzwingen und schrecken auch vor Gewaltanwendung gegenüber unabhängigen Mitgefangenen nicht zurück. MIR-Mitglieder versuchen auch, Solidaritätsfonds für sich zu vereinnahmen und die politische Kontrolle an sich zu reißen.

nach: Direkte Aktion

NEUE NUMMER DER FREIEN PRESSE ERSCHIENEN

Die neue Ausgabe des libertären Magazins „Freie Presse" ist eine Sondernummer zum Thema „Anarchismus und Organisation" und befaßt sich hauptsächlich mit der Organisationsfrage der Libertären in der BRD.

Außerdem sind noch lieferbar: Nr. 14 („Gastarbeiter"), Nr. 13 („Kongress in Carrara") und Nr. 12 (Knast)

Bestellunge bitte an:
Freie Presse c/o impuls
Postfach 1704
6330 Wetzlar

REGIONALES ANARCHO-TREFFEN IM MÄRZ IN HANAU

Voraussichtlich im März soll in Hanau ein erstes größeres Anarcho-Treffen stattfinden, auf dem sich mal alle Interessierten aus dem Rhein-Main-Gebiet locker treffen und kennenlernen können. Es ist kein Arbeitstreffen und kein Kongress, aber irgendwo doch ein wichtiger Schritt in Richtung auf unsere gemeinsamen Ziele, Gefühle, Projekte und...

Wer Interesse hat zu kommen, kann den Termin Anf. März bei der Redaktion erfragen.

Aufruf zum KRONSTADT-KONGRESS

Vom 18. - 21. März '81 findet in Berlin ein „Kronstadt-Kongress" statt. Die Niederschlagung des Aufstandes der Kronstädter Matrosen durch die bolschewistische Parteidiktatur vor genau 60 Jahren ist dafür nur ein historischer Anlaß – zur Sprache kommen sollen vielmehr Probleme des aktuellen Anarchismus, hauptsächlich in Deutschland.

Wer Interesse hat, wende sich bitte an:

Libertad-Verlag, Postfach 153 – J. Schmück, 1000 Berlin 44



ABONNEMENT:

- ☐ Ich möchte dieses komische Blatt unbedingt abonnieren (im Gespann mit der FP). 10,– leg' ich bei.
- ☐ Ich will .... Expl. jedesmal verkaufen (a 20 Pfg.) Bitte schickt sie mir auf Rechnung zu!
- ☐ Ich will irgendwie an der Zeitung mitarbeiten. Wie???
- ☐ Ich möchte das Blatt unterstützen. Hier eine Spende von DM ....
- ☐ Ich suche Kontakt zu Genossen. Könnt Ihr mir helfen?

Ausschneiden und einsenden an: AKTION c/o AFF, Postfach 550455 in 6000 Frankfurt 50

Absender: ....

Pluralismus und Diskussion als ideologisches Schaubild vorgespielt, während den Entscheidungen akklamiert wird, die bereits gefallen sind. Das faschistische Ideal der 'Volksgemeinschaft' in seiner friedfertigen Version ist verwirklicht. Der gehorsame Untertan erfüllt hingebungsvoll die Anweisungen der bewährten Führung. Diese Integration hat zugleich eine ideologische Verfestigung zur Folge. Die Manipulation durch pluralistische Interessenkonflikte der verschiedenen Interessengruppen, die immer wieder die verschiedenen Schichten und Klassen der Bevölkerung beeinflussen konnten, verliert die Gesellschaft als Gesamtobjekt. Geringfügige politische Konflikte und Staatskrisen machen den Herrschaftsapparat anfällig und geben die Möglichkeit, gesellschaftliche Widersprüche bewußt werden zu lassen. Die eindeutige Funktion als staatliche Organe beeinflußt die Flexibilität und damit die pluralistische Anpassung der Parteien an die verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Dadurch können Randgruppen, Abteilungen der Klassen, aus der 'Volksgemeinschaft' ausbrechen, die dann je nach ihrer Stellung im Produktionsprozeß die gesamte Herrschaftsstruktur dieser Gesellschaft in Frage stellen können. Radikaldemokratische Linksparteien oder Wahlkartelle, die sich dem Mechanismus der herrschenden Realpolitik anvertrauen, um mehr politischen Einfluß zu gewinnen, übernehmen objektiv Hilfsdienste der etablierten Parteien, die für die außerparlamentarischen Gruppen ihre integrierende, beruhigende Funktion verloren haben. Die gegenwärtig unorganisierte und pluralistische Form des antiautoritären Lagers kennzeichnet zugleich die Anfälligkeit dieser außerparlamentarischen Opposition gegenüber bürokratischer Routine von seiten traditioneller Arbeitergruppierungen, die sehr leicht die Diskussion über die Startegie in den nächsten Jahren abfangen können, um sie in die 'erprobte' Taktik der Wahlbeteiligung und des parlamentarischen 'Kampfes' zu lenken, das heißt auf die Ebene der Interessenvermittlung von Führungsoligarchien zu verlegen. Die Metamorphose des antiautoritären Lagers zum rührig-treuherzigen Wahlhelfer wäre die satirische Wiederholung der historischen Verwandlung der Linksintellektuellen von linken Kommunisten zu hingebungsvollen Stalinisten (Revai, Rudas usw.).

Die Verbürgerlichung der deutschen Arbeiter, Ergebnis des gescheiterten Emanzipationskampfes der Arbeiter nach 1945, woran SPD und KPD nicht unbeteiligt waren, kann nur aufgehoben werden durch Massenaktionen in den spezifischen Konfliktbereichen dieser Gesellschaft, an Universitäten und Schulen, in den stagnierenden Industriebranchen und wirtschaftlichen Notgebieten (Berlin, Ruhrgebiet, Norddeutschland). In diesen Massenaktionen der Aufklärung deuten sich zugleich Gegenstrukturen zur bestehenden Gesellschaft an, wodurch der Herrschaftskonflikt zwischen autoritärer Volksgemeinschaft und ihren Führungsmasken und den antiautoritär sozialistischen Arbeitern und Studenten aktiviert wird. Die Diskussionen über Strategie und Taktik des antiautoritären Lagers muß nicht nur historisch genetisch die Machtstruktur des 'Sozialstaates' untersuchen, sondern zugleich auch die Soziologie der Parteien aufnehmen, die mit dem Anspruch der Befreiung der Arbeiter in den historischen Prozeß eingetreten waren.

Projektgruppe Räte, Berlin
März 1968

Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats.

Von *Anton Pannekoek.*

I.

Der Ausbruch des ersten grossen Weltkriegs im Jahre 1914 hat zwei Tatsachen grell beleuchtet: erstens die *riesige Kraft des Imperialismus,* zweitens die *Schwäche des Proletariats,* namentlich seiner Vorhut und Führerin im Kampfe, der sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder.

Der Imperialismus unterscheidet sich von dem alten Kapitalismus dadurch, dass er fremde Weltteile unter Botmässigkeit zu bringen sucht, um dort neue Märkte für Produkte, neue Bezugsquellen für Rohstoffe und vor allem neue Anlagegebiete für die überquellenden Kapitalmassen zu finden. In der letzten 20jährigen Prosperitätsperiode sind die Kapitalmassen riesig angeschwollen, und damit ist der Drang, sie in unentwickelten Ländern mit hohem Profit anzulegen, in der Bourgeoisie alles beherrschend geworden. Dabei treten die verschiedenen Bourgeoisien einander als Konkurrenten gegenüber; die neuaufgestiegene junge deutsche Bourgeoisie sucht überall Gebiete (Kolonien oder Einflussphären) zu gewinnen, sieht sich dabei durch die alten weltbeherrschenden Staaten, namentlich England, den Weg verlegt, wie in 1911 in Marokko, während sie selbst in Kleinasien das Vordringen Russlands hindert. Alle haben sich bewaffnet, um im Kampfe um die Verteilung der Welt ein entscheidendes Wort mitreden zu können; alle streben nach möglichst viel *Weltmacht.* Und dieses Streben riss überall allmählich die ganze Bourgeoisie mit sich. Alles, was noch an militärfeindlicher, fortschrittlicher oder radikaler Opposition unter dem Bürgertum vorhanden war, ging nach und nach mit, musste den steigenden Militärforderungen nachgeben oder sah sich von dem alten Anhang im Stich gelassen. In England so gut wie in Frankreich und in Deutschland schmolz die alte bürgerliche Opposition gegen den imperialistischen Kurs stets mehr zusammen auf einige Phrasen — denn man stimmte für die Flotte, für die Armee, für die Kolonialausgaben. In Deutschland war das Wachstum dieser Strömung in der Bourgeoisie am deutlichsten erkennbar, weil der *deutsche Imperialismus* seiner Art nach *agressiv* sein muss: er hat noch alles zu gewinnen und fühlt sich stark, es zu gewinnen. In andern Ländern, wo der Imperialismus vor allem auf die Verteidigung des Besitzstandes zu achten hat, trat das weniger stark hervor; dort ist dieses Wachstum imperialistischen Strebens und Wollens erst während des Krieges ganz deutlich hervorgetreten. Aber überall ist der Imperialismus in den letzten 20 Jahren zur herrschenden Politik aller grossen kapitalistischen Staaten geworden.

Die Beteiligung an den Wahlen für das Parlament.

Von Paul Friedländer.

I.

Die Beteiligung der Kommunistischen Partei Deutschlands an den Wahlen für den Reichstag hat die Aufmerksamkeit der kommunistischen Arbeiterschaft für diese stets lebendige Frage der revolutionären Taktik in erhöhtem Maße wachgerufen. Nun ist soeben eine Flugschrift der kommunistischen Partei Deutschösterreich erschienen, betitelt „Die Kommunistische Partei und der Parlamentarismus", die zur Wahlbeteiligung der deutschen Kommunisten in offenem schärfstem Widerspruche steht, indem sie in die allgemeine Erklärung ausmündet: „Jede gültige Stimme zu parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate! Jede proletarische Stimmenthaltung bedeutet ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse" und daher die Parole ausgibt: „Keine Stimme und keinen Heller den parlamentarischen Wahlen!!" Diese einfache Formel soll wohl dem Zweck der Flugschrift entsprechen, die sich an „das klassenbewußte Proletariat" wendet, um seinem Klassenbewußtsein ein bestimmtes Gepräge zu geben. Im übrigen aber bedeutet sie entschieden einen Rückschritt gegenüber dem, was sowohl in der Stellung des Problems als auch in seiner Beantwortung bisher erreicht wurde.[1]) In einem Punkte stimmen nämlich alle Kommunisten überein, Lenin, Radek, Bela Kun, das Berliner und das (bereits aufgelöste) Amsterdamer Bureau der 3. Internationale, daß nämlich die Frage der Bejahung oder Verneinung des Parlamentarismus zu trennen ist von der Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen, daß jene Frage eine prinzipielle ist, und zwar eine prinzipiell gegen den Parlamentarismus und für die

---

[1]) Genosse Friedländer hat unserer Ansicht nach mit seiner Kritik des Flugblattes nicht recht.

Erstens beurteilt das Flugblatt die Frage des Parlamentarismus von den Verhältnissen jenes Landes aus, für das es bestimmt ist: für Deutschösterreich.

Zweitens wird in dem Flugblatte der Parlamentarismus nicht „doktrinär", um jeden Preis abgelehnt, was folgende Stelle beweist: Solange Arbeiterräte oder sonstige Möglichkeiten revolutionärer proletarischer Betätigung bestehen, bedürfen wir der parlamentarischen Tribüne nicht." (Flugblatt S. 57, im Original fett gedruckt.)

Erst nach der Darstellung der Verhältnisse in Deutschösterreich heißt es am Ende des Flugblattes:

„Jede gültige Stimme in parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate." (Flugblatt S. 9, im Original fett gedruckt.) D. R.

proletarische Diktatur in Form des Rätesystems entschiedene (und also gar keine Frage mehr), während die andere Frage eine taktische ist, und zwar, wie das im Wesen einer taktischen Frage liegt, eine jeweilig entsprechend den gegebenen Verhältnissen eines Abstimmungsgebietes zu entscheidende und also eine stets von neuem gegebene Frage.

Die von der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs herausgegebene Flugschrift wirkt zwar teilweise vortrefflich durch ihre schlichte und klare Gegenüberstellung des Parlamentarismus einerseits und des proletarischen Rätesystems andererseits, wirkt aber schließlich verwirrend dadurch, daß sie die Zustimmung zum Parlamentarismus mit der Wahlbeteiligung bei den Wahlen in einen Topf wirft und in ein und denselben prinzipiellen Brei verrührt. Dies heißt: sich die Sachen zu leicht machen; dies heißt: den gordischen Knoten der Wahlbeteiligungsfrage weder lösen noch zerhauen, sondern ihn einfach nicht bemerken. Dadurch ist man aber soweit wie bisher, ja nicht einmal soweit wie bisher.

Darum soll in diesem Artikel das Problem der Beteiligung an den Parlamentswahlen neuerlich behandelt werden, jedoch lediglich das Problem der Beteiligung an den Wahlen. Ausgeschaltet — und einer späteren Untersuchung vorbehalten — bleibt das Problem der Beteiligung am Parlament selbst, an seinen Plenarversammlungen wie an seinen Ausschüssen. Außer Diskussion, weil durchaus entschieden, steht die Frage des Parlamentarismus. Die kommunistische Partei (und gegenwärtig wohl auch ein großer Teil der Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ja, sogar der linke Flügel der Linken der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs — von manchen anderen Ländern gar nicht zu reden —) verwirft im A-B-C ihrer Grundsätze den Parlamentarismus zugunsten des Rätesystems. Im Rahmen dieser Zeitschrift darf daher nicht der Kniff angewendet werden, der ja sonst im politischen Kampf dem kniffigen Gegner gegenüber durchaus erlaubt ist, denjenigen, der für die Wahlen zur Nationalversammlung eintritt, einfach als „Parlamentarier" abzutun, als einen, der sich für die parlamentarischen Schwatzbuden in Staat, Land und Gemeinde ausspricht, sondern es soll hier deutlich unterschieden werden zwischen der Anerkennung des demokratischen Parlamentarismus und der Beteiligung an den parlamentarischen Wahlen. Es soll nur davon die Rede sein, wie sich der überzeugte Antiparlamentarier zur Frage der Wahlbeteiligung verhalten soll.

II.

Es wird also von der Voraussetzung ausgegangen, daß das Parlament ein Uebel ist, der Uebel größtes vielleicht, daß es das Werkzeug der Diktatur der kapitalistischen

Klasse ist, auch dort, wo es keine solch schroffe Klasseninstitution, wie gegenwärtig in Ungarn, sondern wo es eine demokratische Institution ist, wie gegenwärtig in Deutschland oder in Oesterreich oder in Italien. Es wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß auf die Schwächung und Abschaffung des Parlaments mit allen Mitteln und Kräften des organisierten proletarischen Klassenkampfes hinzuarbeiten ist. Daraus ergibt sich, daß die Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung des revolutionären Proletariats nur eines der vielen Mittel — und gewiß nicht das hauptsächliche und entscheidende — im Kampf gegen den Parlamentarismus ist. Es wird ferner ausgegangen von der Voraussetzung, daß die kapitalistische Ordnung auf der ganzen Welt aus den Fugen geraten, daß sie in ihre katastrophale Krise eingetreten ist, und daß, infolge der revolutionären Situation in den meisten Staaten und infolge der gewaltigen Stellung der Arbeiterklasse — mag sie auch zahlenmäßig die Minorität des „Volkes" bilden — die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zur Grundlegung der sozialistischen Ordnung in greifbare Nähe gerückt ist.

Noch vor zwei Jahrzehnten war der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für das Parlament — und somit nach der entsprechenden Vertretung im Parlament — eine berechtigte Forderung des Proletariats. Damals war die Ablehnung des Parlaments, vor allem aber die Propaganda der Wahlenthaltung, wie sie von syndikalistischen und anarchistischen Gruppen betrieben wurde, ein Ausfluß der Unfähigkeit, für das Proletariat Politik zu treiben, mag jene Propaganda auch einer ganz richtigen, sogar prophetischen Einschätzung des Parlaments entsprungen sein. Heute liegen die Dinge anders. Heute ist das Parlament, insbesondere das „demokratische", zum ärgsten Hindernis einer Politik geworden, die im Interesse der Arbeiterschaft und des Sozialismus zu betreiben ist. Heute gilt es — womöglich auch durch Wahlenthaltung —, das Parlament aus dem Wege zu räumen.

Es wurde gesagt: womöglich durch Wahlenthaltung. In dem Wort „womöglich" liegt das ganze Geheimnis.

Es wurde nicht gesagt: schlechthin durch Wahlenthaltung (wie dies die erwähnte Flugschrift verkündet). Denn es ist ganz klar, daß in den meisten Ländern, in denen der revolutionäre Umsturz nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht, wie in den Ländern des westlichen Kapitalismus, in Amerika, in England, in Frankreich, jede gültige sozialistische Stimme zu parlamentarischen Wahlen nicht ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate bedeutet, sondern vielmehr ein Bekenntnis gegen den kapitalistischen Staat, daß sie nicht ein Hintertreiben, sondern ein Weitertreiben der revolutionären Situation ist. Es ist ferner klar, daß in einigen andern Ländern, die in höherem Maße zum revolutionären Umsturz reif sind, als die erwähnten westlichen

Länder, die Stimmenabgabe in beträchtlichem Maße ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse, eine Bedrohung des Parlaments ist, wie in Jugoslawien, in Bulgarien, in Italien, vielleicht auch in Deutschland (seitens der U. S. P.-Anhänger), daß hierdurch zur Verschärfung und Klarstellung der Klassengegensätze und damit der bestehenden Krise beigetragen, daß also das Parlament als gesetzgebendes Organ in seiner Autorität und Wirkungsfähigkeit nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. Die Parole der Wahlenthaltung ist einfach in den meisten Ländern weder mit der objektiven politischen und wirtschaftlichen Lage, noch mit der subjektiven Reife der Arbeiterklasse in Einklang zu bringen.

Ein doktrinärer Grundsatz, sei es der Wahlbeteiligung, sei es der Wahlenthaltung, würde also nur ein Beweis politischer Unfähigkeit und sogar revolutionärer — Passivität sein. Der allgemeine Grundsatz der Wahlbeteiligung kann nur verfochten werden in Verkennung der revolutionären Situation auf der Welt, der allgemeine Grundsatz der Wahlenthaltung kann nur verfochten werden in Verkennung der — gegenrevolutionären Faktoren auf der Welt. Das Parlament wegleugnen heißt nicht es wegschaffen. Und doktrinär sein ist nicht gleichbedeutend mit revolutionär sein.

Somit kann kein Zweifel bestehen, daß die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung eine rein taktische Frage ist (unter vielen andern taktischen Fragen). Es kommt nur darauf an, gewisse Richtlinien zur Lösung dieser taktischen Frage aufzuzeichnen.

III.

Für den Antiparlamentarier hat die Taktik der Wahlenthaltung vor der Taktik der Wahlbeteiligung einen unleugbaren mächtigen Vorzug voraus, der gar nicht überschätzt werden kann: Die Wahlenthaltuag ist geeignet, bei der Arbeiterschaft keinerlei Mißverständnis über die Ablehnung und Bekämpfung des Parlaments aufkommen zu lassen. Den bei der Wahlenthaltung aktiv und bewußt beteiligten Arbeitern wird dadurch unzweideutig und unauslöschlich der Wille zur Zertrümmerung der Bourgeoisdemokratie und zur Aufrichtung der Proletarierdiktatur (der sozialen Demokratie) eingeprägt. Zugleich wird dieser Wille den Verfechtern der Demokratie, seien sie bürgerlicher, seien sie proletarischer Herkunft, auf die nachdrücklichste und einschneidendste Methode kundgegeben. Der Einwand, daß Wahlenthaltung auch die Parole einer demokratischen Partei sein kann, wie dies z. B. das Vorgehen der ungarischen sozialdemokratischen Partei unter dem Horthyregime beweist, ist natürlich hinfällig, weil diese Wahlenthaltung nur der Protest gegen die Behinderung der Wahlbeteiligung und Wahlbewegung der Arbeiterschaft durch die reaktionären Machthaber war. Unsere Erwägungen aber gelten unter der Voraussetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der vollen Demokratie in dem

betreffenden Lande. (Ebenso wird von der Wahlenthaltung aus Gleichgültigkeit abgesehen.) Hingegen ist die Wahlbeteiligung, mag sie auch aus taktischen Gründen notwendig sein, insoferne stets mit einer gewissen Gefahr verbunden, als die Arbeiter häufig genug Wahlbeteiligung und Parlamentsbeteiligung, beziehungsweise Parlamentsbejahung voneinander nicht unterscheiden, sondern für ein und dasselbe halten. Immerhin hat sich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft das klare Bewußtsein befestigt, daß man ebensowenig das Parlament aufrecherhalten will, wenn man Vertreter dorthin entsendet, als man die kapitalistische Wirtschaftsordnung bejaht, wenn man in einem kapitalistischen Betrieb beschäftigt ist. Infolge der bestimmten politischen Verhältnisse kann man genötigt sein, ins Parlament zu gehen, mit der Losung auf den Lippen: Nieder mit dem Parlament, so wie man in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich als Ausgebeuteter (ja sogar als Ausbeuter) ins kapitalistische Getriebe hineinfügen muß, mit der Losung auf den Lippen: Nieder mit dem Kapitalismus.

Jedenfalls aber ist die Parole der Wahlenthaltung unzweideutig und an und für sich eine aufklärende und werbende Kraft. Daher unser Ausdruck oben: „womöglich Wahlenthaltung!" Unter gewissen Umständen ist sie die ausschlaggebende revolutionäre Kraft, der alle übrigen Möglichkeiten nachzustellen sind. Die Umstände, unter denen eine kommunistische Partei die Wahlenthaltung als das geeignete taktische Mittel zur Schwächung des Parlamentarismus, zugleich zur Stärkung der Position der Arbeiterschaft und zur Verschärfung der revolutionären Krise ausrufen und mit aller Kraft propagieren soll, scheinen mir hauptsächlich folgende zu sein: (Die nachfolgende Darstellung kann nicht als erschöpfend gelten; der Umfang dieses Artikels läßt dies nicht zu.)

Ist die kommunistische Partei schwach, indem sie am Anfang ihrer Entwicklung steht und nur geringe Teile des Proletariats in ihrem Rahmen vereinigt, so daß vorauszusehen ist, daß weder die Wahlbeteiligung noch die Wahlenthaltung wichtige Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen mit sich bringen, so ist jedenfalls die Parole der Wahlenthaltung die richtige. Sie wirkt, worauf es in diesem Falle ankommt, klärend und reinigend auf die Arbeiterschaft. Sie stellt die Parteimitglieder auf die Probe; sie ist ein weithin sichtbares Banner, um das sich die kleine Kerntruppe sammelt. Sie ist ein deutlicher Schlag ins Gesicht der Demokratie. Mehr kann sie in diesem Falle nicht sein. In diesem Falle kann die Wahlenthaltung nicht als Parlamentsboykott bezeichnet werden, auch nicht als Versuch eines solchen Boykotts. Denn zum Boykottieren ist Macht notwendig. Der Boykott beurteilt sich nicht nach dem Willen, sondern nach der Leistung.

Vor einundeinhalb Jahren haben sowohl der Spartakusbund in Deutschland als auch die kommunistische Partei Deutschösterreichs — als schwache und für die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse keineswegs bedeutsame Parteien — ihrer prinzipiellen Ablehnung der Bourgeoisiedemokratie und ihres Parlamentarismus (im Rechtsstaate der kapitalistischen Gesellschaftsordnung) durch die Parole der Wahlenthaltung den richtigen taktischen Ausdruck gegeben. Erleichtert wurde ihnen dieser Entschluß durch die besonders kritische Situation in diesen Ländern, welche die Aussicht auf einen baldigen revolutionären Umsturz offen ließ.

Das taktische Mittel der Wahlenthaltung seitens der K. P. wäre wohl auch bei den letzten Wahlen für den deutschen Reichstag, die vor kurzem stattgefunden haben, am Platze gewesen. Diese Ueberzeugung brauchte nicht auf Grund des Wahlergebnisses entstehen, — nachher ist es billig, taktisch weise zu sein — sondern sie mußte auch bereits vorher feststehen. Denn die Kommunistische Partei Deutschlands, die aus verschiedenen Gründen nicht gedeihen konnte — vor allem ist es schwer, im Schatten der Unabhängigen sozialdemokratie Deutschlands kräftig zu wachsen — hatte von vornherein nur sehr geringe Aussichten auf Mandatsbesetzungen, jedenfalls so geringe, daß sie für die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in der gesetzgebenden Körperschaft nicht in Betracht gekommen wären. Dies hat sich auch bestätigt. Es wäre selbst dann richtig, wenn auf Grund der abgegebenen Stimmen nicht zwei, sondern acht Kommunisten als Abgeordnete aus der Wahl hervorgegangen wären. Auch dies ist noch immer nicht viel mehr als 5 Prozent aller Proletariervertreter (wobei ich allerdings annehme, daß für die Mehrheitssozialisten hauptsächlich Proletarier gestimmt haben). Diesem verschwindenden Vorteil steht gegenüber der große Nachteil, daß es die kommunistische Partei in diesem Falle, wo sie gegen die Stärkung des Parlaments und der Reaktion im Parlament nichts Bemerkenswertes leisten konnte, nicht vermocht hat, ihrer Opposition gegen die Bourgeoisiedemokratie den schärfsten Ausdruck zu geben, vor allem aber nicht, sich von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands klar und deutlich abzugrenzen, worauf es besonders angekommen wäre. In diesem Falle, wo bloß zu propagieren und zu werben war, wäre eine energische Kampagne für die Wahlenthaltung das Beste gewesen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei betont, daß die Proklamation der Wahlenthaltung seitens der „kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands", die nicht aus politischen Erwägungen, sondern aus grundsätzlichem Doktrinarismus heraus geschehen ist (siehe den Programmentwurf der K. A. P. D., veröffentlicht in der „Aktion", Heft 23/24 des X. Jahrganges, S. 314), nur zufällig mit dem unter diesen

Umständen taktisch Richtigen übereinstimmt, jedoch ihrem Ursprung und ihrem Geiste nach entschieden abzuweisen ist.

Eine weitere Situation, die einer kommunistischen Partei unter allen Umständen die Wahlenthaltung aufdrängt, ist eine offenbar revolutionäre Situation in dem betreffenden Abstimmungsgebiet. In diesem Fall kann die Wahlenthaltung die Lage so verschärfen, daß sie zum Entscheidungskampf treibt. Sie kann ein Dolchstoß durch das Herz der Bourgeoisiedemokratie sein. (Dies wäre gegenwärtig vielleicht der Fall in Polen.) Eine revolutionäre Situation war vor einundeinhalb Jahren in den Staaten der „Besiegten", vor allem in Deutschland und Oesterreich, gegeben. Nur daß die kommunistischen Parteien dortselbst ohnmächtig waren. Darum war die Wahlenthaltung ihrer Anhänger ohne Wirkung. Je mächtiger aber in solch einer Lage eine kommunistische Partei ist, umsomehr ist sie fähig, umsomehr ist sie verpflichtet, den aktiven Parlamentsboykott bei den Wahlen in größtmöglichem Maße durchzuführen, in dem Sinne, wie ihn B— K— im Heft 18 des „Kommunismus" in dem Artikel „Die Durchführung des Parlamentsboykotts" vorzüglich und, meines Wissens nach, erstmalig dargestellt hat. (S. 540—555.)

Endlich ist auch eine kommunistische Partei eines Landes, das sich in einer Lage befindet, die zwar nicht revolutionär ist, die aber eine sichere Voraussicht auf eine revolutionäre Entwicklung in der nahen Zukunft gibt, durchaus im Recht, die Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen durchzuführen, auch auf die Gefahr hin, vorübergehend und bloß scheinbar die Reaktion zu stärken, letzten Endes aber, um die Entlarvung der tatsächlichen Gegensätze und die Auslösung der Entscheidungskämpfe um die Diktatur des Proletariats, um die Abschaffung des kapitalistischen Klassenstaates zu bewerkstelligen.

Damit wären Richtlinien entworfen, die für die Taktik der Wahlenthaltung bestimmend sein sollten.

IV.

Während die Wahlenthaltung eine einfache und offenbare Demonstration gegen die bürgerliche Demokratie und ihren Parlamentarismus ist, ist die Wahlbeteiligung keine solche unzweideutige feindliche Haltung. Denn, sollte man meinen, sie ist und bleibt doch immerhin eine Art Aufrechterhaltung des Parlaments. Diese populäre Auffassung ist bereits an einer früheren Stelle abgetan worden.

Es gibt Stufen der geschichtlichen Entwicklung in einem Lande (und das trifft derzeit noch für viele Länder zu), in denen der Parlamentarismus noch nicht abgebrochen werden kann, weil die Verhältnisse noch nicht zum Umsturz reif sind.

In der gegenwärtigen Epoche der katastrophalen Krise des Kapitalismus auf der ganzen Welt ist unter diesen Umständen für jeden zielbewußten und gebildeten proletarischen Klassenkämpfer die Notwendigkeit gegeben, den bürgerlichen Parlamentarismus, die höchste Form des kapitalistischen Klassenstaates, geradezu treibhausmäßig auf die Spitze zu treiben, um seine völlige Unfähigkeit darzulegen, in der gegenwärtigen entscheidungsreifen Epoche für die Arbeiterschaft die Entscheidung zu bringen. In der gegenwärtigen Zeit kann eine kommunistische Partei nur ein Interesse haben: die Bourgeoisie in die Sackgasse zu jagen, ihr das Regierungsgeschäft im bürgerlichen Staat unter den gegenwärtigen zerrütteten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu überantworten und sie gleichzeitig möglichst zu schwächen, ihr möglichst viel Unterstützung durch die „Bevölkerung" des Landes zu entziehen.

Es ist klar, daß hierdurch die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung ein anderes Gesicht bekommt. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei nochmals betont, daß Wahlbeteiligung keineswegs bereits Parlamentsbeteiligung, geschweige „positive" Mitarbeit im Parlament bedeutet. (Ueber diese Frage ein andermal; auch ich bei der Meinung, die in der zitierten Flugschrift der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs zum Ausdruck kommt, daß das Parlament nicht einmal als „Tribüne", geschweige denn als Boden zur Austragung des Klassenkampfes in Betracht kommt.) Wenn also einerseits in einem bestimmten Lande eine revolutionäre Entwicklung noch nicht zur Reife gediehen, noch nicht ausgetragen ist (beispielsweise Italien), andererseits in einem bestimmten Lande reaktionäre Strömungen in immer gesteigertem Maße auftauchen und die Tendenz zu einer weiteren reaktionären Entwicklung in dem betreffenden Lande gegeben ist, dann wird auch für eine kommunistische Partei die Frage der Wahlbeteiligung brennend. Für den Fall natürlich nur, daß die kommunistische Partei so stark und so bedeutend ist, um für die Herausbildung und Herauskristallisierung der politischen Machtverhältnisse ernstlich in Betracht zu kommen. Eine Wahlenthaltung unter diesen erwähnten Umständen würde nur das Gegenteil dessen erzielen, was sie beabsichtigt. Sie würde nämlich tatsächlich nur zu einer Verschleierung der Klassengegensätze, zu einer ungebührlichen Stärkung der Bourgeoisie, vor allem aber zu einer Stärkung der parlamentarischen Reaktion führen, also auch zu einer Vertuschung der Klassendiktatur der kapitalistischen Klasse beitragen. Dies in einem Zeitpunkte, in dem, wie gesagt, das Proletariat, sei es infolge der Unreife der Verhältnisse im betreffenden Staat, sei es infolge eigener Unreife, nicht in der Lage ist, zu entscheidenden Schlägen auszuholen. Für

eine kommunistische Partei, die für die Gestaltung der politischen Kräfte im Lande ins Gewicht fällt, gibt es da nur eine Taktik: Schwächung der Bourgeoisie, Schwächung der Reaktion, Schwächung des Parlamentarismus durch Wahlbeteiligung. Je stärker eine antiparlamentarische Partei ist, umso geringer ist die Gefahr, daß ihre Massen bei der Wahlbeteiligung von der Illusion befangen wird, es handle sich um ein Eintreten für das Parlament und nicht um einen Kampf gegen das Parlament.

Keine kommunistische Partei kann die Verantwortung auf sich nehmen, die Reaktion für die Dauer zu stärken. Es gibt Situationen in der revolutionären Entwicklung eines Landes, wo es die Wahlbeteiligung proletarischer Parteien ist, welche den bürgerlichen Parlamentarismus stärkt, ja, sogar wieder auf die Beine bringt, wie dies die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Oesterreichs durch ihre Beteiligung an den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung getan haben. Es kann umgekehrt Situationen geben, wo die Wahlenthaltung analog wirkt. In einem Lande, in dem die reaktionären Gruppen Tag für Tag an realen Machtmitteln gewinnen (durch Bewaffnung ihrer Anhänger u. dgl.), in dem aber diese reaktionären Gruppen gleichzeitig doch nur das Interesse haben, auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage Gewalt auszuüben, gilt es, ihrer parlamentarischen Reaktion Abbruch tun, nicht aber ihr Vorschub leisten. Da gilt es, die Reaktion zu einem offenen diktatorischen Vorgehen zu bringen, um sie vor der Arbeiterschaft zu entlarven und ihr gewaltsamen Widerstand entgegensetzen zu können. Eine Wahlenthaltung wird unter solchen Umständen die Klassengegensätze verschleiern und die Machtausübung der Bourgeoisie begünstigen, indem sie ihrer Gesetzgebung die demokratische Weihe ermöglicht. In einem Lande beispielsweise, das in reaktionärer Entwicklung begriffen und in dem eine kommunistische Partei zwanzig Prozent der proletarischen Wählerschaft mit sich führt, bedeutet eine wirklich durchgeführte Wahlenthaltung eine vierzigprozentige Stärkung der reaktionären Bourgeoisie und zugleich eine vierzigprozentige Stärkung des Parlamentarismus. Unter diesen Umständen ist Wahlbeteiligung geboten (wobei ich die Parlamentsbeteiligung dahingestellt sein lasse).

Der Einwand, eine solche Auffassung sei kleinbürgerlich, weil sie nur durch die Betrachtung des Zustandes im eigenen Lande, und da sogar durch die Betrachtung des augenblicklichen Zustandes eingegeben sei, nicht aber durch die Betrachtung der revolutionären Entwicklung auf der ganzen Welt und durch die Voraussicht auf die kommenden Dinge in dem betreffenden Land selbst, ist hinfällig. Hinfällig deswegen, weil die revolutionäre Weltsituation die Resultante aus der Situation in jedem besonderen Lande ist und die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung ja gerade im Lichte des Vorwärtstreibens der revolutionären Entwicklung, beviehungsweise des Kampfes gegen die reaktionäre Entwicklung erörtert wurde. Hinfällig deswegen, weil auch bemerkt wurde, daß bei einer offenbar rasch vorübergehenden reaktionären Welle die Wahlenthaltung das geeignetere taktische Mittel ist. Hinfällig deswegen, weil, wenn die reaktionäre Strömung keine vorübergehende, sondern eine stetige ist, mit aller Entschiedenheit die Auffassung hier zurückgewiesen werden muß, daß ein Politiker des Proletariats die Reaktion jemals gewähren lassen oder gar fördern darf. Dann münden wir in das gleiche pseudo-marxistische Fahrwasser, in dem so manche Sozialdemokraten während des Krieges geschwommen sind, als sie den Imperialismus freudig gewähren ließen, damit sich die Lage des Kapitalismus verschlechtere. Ein angeblich „marxistischer" Fatalismus, welcher die Reaktion begrüßt, um der darauffolgenden Revolution willen, ist keine ernsthafte, sondern eine frivole „historisch-materialistische" Theorie. —

Diese Andeutungen, um den gordischen Knoten der Wahlenthaltung und Wahlbeteiligung auflösen oder auch nur zerhauen zu können, sollen in einem weiteren Artikel besonders an dem Beispiel Deutschösterreichs illustriert und ausgedeutet werden, wobei sich gleichzeitig die Möglichkeit ergeben wird, die Gegenüberstellung von Arbeiterrat einerseits und Wahlbeteiligung für das Parlament andererseits zu besprechen.[1])

Revolutionärer Parlamentarismus.

L. R.

Der zweite Kongreß der Dritten kommunistischen Internationa hat über die Frage des Parlamentarismus entschieden und die Rolle d bürgerlichen Parlaments im revolutionären Kampf des Proletariats g wertet. Er hat die Richtlinien festgelegt, nach denen gehandelt werde muß, um den parlamentarischen Kampf des Proletariats aus dem Sump des Reformismus und aus der Niedertracht der bürgerlichen Korruptio wohin die bisherigen Arbeiterführer ihn gezerrt haben, herauszuheb und zu einer wirksamen Waffe des Proletariats neben andern gegen d Bourgeoisie zu gestalten.

Gelingt es den kommunistischen Sektionen der einzelnen Länder, diese Richtlinien einzuhalten, so wird auch aus dem bürgerlichen Parlament eine revolutionäre Arena des Proletariats, wo dieses und seine Vertreter denselben Kampf führen werden, der auch an anderen Kampfplätzen in den verschiedenen Räten (Betriebsräten, Arbeiterräten usw.), Fabriken, auf der Straße, in den Gewerkschaften usw., gleichzeitig geführt wird, bis alle diese Kampfhandlungen, in dem bewaffneten Aufstand zusammengefaßt, in die revolutionäre Erhebung des Proletariats ausmünden. So ist der parlamentarische Kampf kein parlamentarischer Kampf mehr, sondern nur ein Kampf, der im Parlament für dasselbe Ziel geführt wird wie anderswo. Der achte Abschnitt des dritten Teiles der Thesen über den Parlamentarismus sagt: „Jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüsse durchzuführen." Das Parlament darf nichts anderes als „eine Tribüne, ein Werkzeug des revolutionären Kampfes, ein Mittel zur Organisation der werktätigen Massen zu ihrer Vorbereitung für den bewaffneten Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten" sein. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im bürgerlichen Parlament „Skandale hervorrufen und die Parlamentsordnung verletzen, sich verhaften und den Gerichten überliefern lassen, ihre Immunität im vollen Maße ausnützen zur Agitation und Propaganda und zur Organisation der Arbeiter für die direkte Aktion". Das Ziel ist die Entlarvung des Parlaments, und zwar (Abschnitt 11): „Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des ‚Zentrums' und andern Gegnern des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der III. Internationale ausnützen."

Leitsätze allein sind noch keine Gewähr ihrer Einhaltung. Das schönste und revolutionärste Programm kann zu Schanden werden, wenn der erreichte Grad des Klassenkampfes oder aber der entschlossene Wille zu seiner Durchführung fehlt. „Der Parlamentarismus ist ein gefährlicher Boden" — anerkennen auch die Leitsätze. Auf diesem „gefährlichen Boden" wurde das Proletariat schon so manchmal betrogen, gefoppt und verraten, was wird geschehen, wenn der Beschluß der III. Internationale verwirklicht zu werden versucht wird? Wo ist die Gewähr, das der Beschluß nicht Beschluß bleibt und trotz allem der Parlamentarismus seine korrumpierende, verflucht verhängnisvolle Wirkung auf die proletarischen Führer ausübt? Diese Führer sind Menschen, nach den Leitsätzen sollen sie einfache Arbeiter sein — einfache Arbeiter sind ebenso korrumpierbar wie Intellektuelle und geriebene Gewerkschaftsführer.

Die Theorie gibt auf diese Frage Antwort. Und indem die Leitsätze diesen Gefahren institutionell vorbeugen, wird die Gefahr etwas vermindert. Die Führung und die Kontrolle über die parlamentarische Fraktion hat die Partei in der Hand, die parlamentarischen Vertreter können abberufen werden usw. Die Theorie muß sich aber in der Praxis bewähren, um allen Gegnern des Parlamentarismus innerhalb des revolutionär-prole-

tarischen Lagers endgültig beweisen zu können, daß ein revolutionärer Parlamentarismus nicht nur *denkbar* ist, nicht nur theoretisch formulierbar ist, gleichsam als *abstrakte Forderung*, sondern unter den gegebenen Verhältnissen auch *möglich*, daß der erreichte Grad des Klassenkampfes ein solcher ist, welcher die kommunistischen Sektionen den revolutionären Klassenkampf im Parlament zu führen zwingt. Es hängt schon nicht allein von der revolutionären Ehrlichkeit einzelner Individuen (Karl Liebknecht) ab, ob sie auch im Parlament ehrliche kompromißfeindliche Vorkämpfer der Revolution des Proletariats bleiben wollen, sondern alle Sektionen der kommunistischen Revolution müssen im Parlament revolutionär wirken, ob sie wollen oder nicht. Verrat ist nicht ausgeschlossen — das ist eine Frage, die als Irrtum in der Auswahl der parlamentarischen Vertreter bewertet werden muß, oder als individuelles Gebrechen, das aber theoretisch nicht erfaßbar ist — ein Verrat der *ganzen Partei* aber, wie das die Sozialdemokratie geleistet hat, ist unmöglich in dem Moment, wo die arbeitenden Massen durch den Klassenkampf immer mehr ins selbständige politische Leben und Handeln geschleudert und durch die kommunistischen Sektionen darin geführt und geschult werden. Das ist die einzige *Bürgschaft*, daß die parlamentarische Tätigkeit der kommunistischen Parteien *revolutionär* bleibt.

Der erste praktische Beweis der Richtigkeit der Auffassung der III. Internationale liefert nun der Ausgang der Wahlen zum sächsischen Landtag. Es wurden dort 49 Mehrheitssozialisten, Rechtsunabhängige und Kommunisten gewählt, gegen 47 Vertreter der bürgerlichen Parteien. Die Mitgliederzahl des Landtages beträgt 96. 49 Mandate machen die Mehrheit aus, es bilden also die sozialistischen Parteien zusammen die Mehrheit den bürgerlichen Parteien gegenüber. Die neun gewählten Kommunisten entscheiden in Sachsen, ob sich eine „sozialistische" Regierung im sächsischen Parlament halten kann oder nicht.

Wären die Mehrheitssozialisten und die Rechtsunabhängigen tatsächlich „sozialistische Parteien" und wäre das Parlament tatsächlich das Terrain, wo der Klassenkampf endgültig entschieden wird, wie das von den Sozialdemokraten behauptet wird, dann wäre die Pflicht der Kommunisten, in eine sozialistische Regierung ohne Zögerung einzutreten, klar. Nun ist das Parlament in der heutigen Krise der Bourgeoisie nur das eine und nicht einmal das wichtigste Terrain, wo die Frage der Revolution und Gegenrevolution entschieden wird. Die Kommunisten gehen nicht ins Parlament, um dort für die Arbeiter Reformen zu erwirken, nicht weil sie den parlamentarischen Kampf als einen überaus wichtigen Teil der proletarischen Revolution betrachten, im Gegenteil, die vom 2. Kongreß der III. Internationale angenommenen Leitsätze betonen ausdrücklich, daß die Frage des Parlamentarismus eine untergeordnete Rolle spielt, denn das Parlament dient den Kommunisten zu nichts anderem als zur Entlarvung der Bourgeoisie und ihres Parlamentes und zur Zerstörung der demokratischen Illusionen der Massen. Der Schwerpunkt des Klassenkampfes liegt in den Fabriken, in den Arbeiterräten, auf der Straße, in der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes: also auf legalen, aber außerhalb des Parlamentes liegenden, andererseits gänzlich *illegalen* Gebieten. Deshalb hat eine

jede Sektion eines jeden Landes selbst darüber zu bestimmen, welche Taktik sie in den konkreten Wendungen des parlamentarischen Kampfes befolgen will.

Diese Taktik wird natürlich immer davon abhängen, welches Stadium der Klassenkampf des Proletariats im betreffenden Lande erreicht hat. Je schärfer der Klassenkampf, desto mehr wird er außerhalb des Parlamentes geführt, desto mehr verliert die parlamentarische Aktion der Kommunisten neben ihren anderen Aktionen an Bedeutung, besser gesagt, desto mehr werden die anderen Aktionen der parlamentarischen Aktion gegenüber an Gewicht zunehmen. Desto stärker kann es aber wirken, wenn die Kommunisten von der Tribüne des Parlamentes, durch ihre Immunität geschützt, die Bourgeoisie und ihr Parlament entlarven, wenn sie die parlamentarischen Lakaien der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten, demaskieren und nach Erfüllung dieser Aufgabe in einem geeigneten Moment das Parlament verlassen und so vor den breiten Massen der Werktätigen dokumentieren, daß das von den Kommunisten verlassene Parlament nichts ist als *eine* gegenrevolutionäre Organisation der Bourgeoisie. Dadurch, daß die sächsischen Kommunisten trotz ihrer kleinen Zahl einen entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der sächsischen Regierung gewannen, haben sie die beste Gelegenheit zur Verrichtung dieser Arbeit der Entlarvung bekommen. Der Klassenkampf ist in Deutschland aufs äußerste gespannt. Die wirtschaftliche Not der Massen, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die Lebensmittelnot wuchsen ins Unerhörte, die Kapitalisten schließen die Werke oder verkürzen die Arbeitszeit, damit das Proletariat durch den Hunger zum Gehorsam gezwungen werde, die gegenrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie warten, bis zu den Zähnen bewaffnet, auf den günstigen Moment, in welchem sie gegen das Proletariat losschlagen können; die besten und mutigsten Proletarier schmachten im Gefängnis — in dieser Lage müßte eine jede proletarische Partei es als ihre dringendste Aufgabe erachten, die Massen auf die unausweichbare Revolution je besser vorzubereiten. Sachsen ist der industriell am meisten entwickeltste Teil Deutschlands. Eine Stadt folgt der anderen, Sachsen ist in Europa am dichtesten bewohnt. Es ist natürlich, daß das sächsische Proletariat durch die kapitalistische Krise und durch die Not der kapitalistischen Sabotage noch mehr leidet als das übrige deutsche Proletariat. Die Klassengegensätze, die im ganzen Reiche überaus scharf sind, gewinnen hier eine noch schärfere Form: Bourgeoisie und Proletariat stehen Auge in Auge einander gegenüber.

Die Bourgeoisie steht in der Orgesch und in anderen gegenrevolutionären Organisationen zum Kampf gerüstet. Das Proletariat aber wird durch die Sozialdemokraten beider Richtungen wehrlos der Bourgeoisie ausgeliefert. Sie tun nicht nur nichts zur Linderung der Not der arbeitenden Klassen, sie verhindern nicht nur die Bewaffnung des Proletariats, sie verhindern auch die Entwaffnung der gegenrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie.

So gab der Ausgang der Wahlen den sächsischen kommunistischen Parlamentsmitgliedern eine günstige Gelegenheit, im Interesse des sächsischen, ja des ganzen deutschen Proletariats eine wichtige revolutionäre

Arbeit zu verrichten. Da ohne ihre Unterstützung oder wenigstens ihre Duldung keine „sozialistische" Regierung gebildet werden kann, konnten sie gewisse Bedingungen aufstellen, die der Revolution des Proletariats fördernd sein können und ohne die sie der „sozialdemokratischen" Regierungsbildung ihre Unterstützung versagen können.

Eine kommunistische Partei kann natürlich in keiner Regierung Platz nehmen, die auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie steht und mit dem bürgerlichen Parlamente „regiert". Eine kommunistische Partei, die die Errichtung der Diktatur des Proletariats anstrebt, kann unter keinen Bedingungen an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen. Sie kann aber eine bürgerliche Regierung — und eine „sozialdemokratische" Regierung ist auch eine solche — dazu zwingen, gewisse Hindernisse aus dem Wege der proletarischen Revolution zu entfernen. Eine bürgerliche Regierung, auch wenn sie sich sozialdemokratisch nennt, bedeutet immer, daß die Macht in den Händen der Bourgeoisie ist. Solange die Bourgeoisie nicht im Klassenkampfe niedergerungen ist oder aber eine Regierung nicht diese Niederringung sich zum Ziele setzt, bleibt sie eine bürgerliche Regierung, wenn auch Hilferding ihr Finanzminister oder Dittmann ihr Arbeitsminister ist. Eine proletarische Regierung hingegen ist nur eine solche, die die Macht des Proletariats verwirklicht. Diese kann nur durch die Diktatur des Proletariats und durch die Räte verwirklicht werden. Dann ist sie aber keine Regierung, die aus Ministern besteht, sondern ein Rat, der aus Volkskommissären besteht. Nicht auf die Namen „Minister" und „Volkskommissär" kommt es an, diese Namen verkünden aber das Wesen einer jeden Regierung. Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats: eine Regierung kann nur eine der beiden Möglichkeiten vollziehen. Es ist natürlich, daß die sächsischen Kommunisten von vornherein den von den „Sozialdemokraten" ihnen zugemuteten Gedanken zurückweisen mußten, in eine Koalitionsregierung mit ihnen einzutreten und so die Verantwortung für eine Diktatur der Bourgeoisie zu tragen. Das wäre Verrat gewesen, nicht aber „praktische Arbeit", wie ihre Politik des Verrats die Sozialdemokraten so gerne nennen, um eben ihrem Verrat einen schönen Namen zu geben. Es blieb den Kommunisten, aber die Aufgabe, eine „sozialdemokratische" Regierung möglich zu machen, sie jedoch vor Aufgaben zu stellen, die zu erfüllen einer heutigen bürgerlichen Regierung unmöglich ist, trotzdem sie dazu dienen, den momentanen Bedürfnissen der Massen abzuhelfen. Die Kommunisten müssen die durch Engels empfohlene Taktik anwenden, sie müssen durchführbare Vorschläge machen. Aber „durchführbar der Sache nach, einerlei ob die bestehende Regierung es kann. Sie müssen zum Sturz der kapitalistischen Produktion führenden Maßregeln vorschlagen, aber solche, die sachlich praktisch, aber für diese Regierung unmöglich sind."

Mit solchen praktischen Vorschlägen werden die Kommunisten zweierlei erreichen: sie müssen den Massen beweisen, daß sie ihre momentane Not nicht mit der Vertröstung auf die Weltrevolution im allgemeinen abtun, sondern praktische, sofort wirksame Maßregeln gegen den Bankerott und Sabotage des Kapitalismus vorschlagen können. Zweitens: sie müssen den Massen beweisen, daß die Sozialdemokratie beiderlei Richtungen

diese Maßregeln nicht anwenden, dieselben zurückweisen, einzig deshalb, weil die Vorschläge revolutionär sind, trotzdem sie gleichzeitig doch praktisch und durchführbar sind. Somit werden die Sozialpatrioten entlarvt. Sie können sich nicht darauf berufen, daß die „sozialistische" Regierungsbildung an den Kommunisten gescheitert ist, die Sozialpatrioten müssen zu den revolutionären Bedingungen und somit zur Revolution offen Stellung nehmen und ihren gegenrevolutionären Charakter selbst enthüllen.

Die Bedingungen der sächsischen kommunistischen Partei sind die folgenden:

Die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung soll im schärfsten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum sich einsetzen: für eine Amnestie aller politischen Vergehen und Verbrechen; für die ernsthafte Entwaffnung der Konterrevolution, der Orgesch und anderer Selbstschutzorganisationen des Bürgertums; für die Schaffung ernsthafter Selbstschutzorganisationen des Proletariats; für die sofortige Enteignung, Wiedereröffnung und Weiterführung aller stillgelegten und verkürzt arbeitenden Betriebe durch die Betriebsräte; für Versorgung der Arbeitenden mit billigen Lebensmitteln auf Kosten der Besitzenden; für Beschlagnahme aller überschüssigen Wohnräume der Reichen zur Unterbringung der arbeitenden Bevölkerung; für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Wiederaufnahme der stillgelegten und eingeschränkten Betriebe; für die Verpflichtung der Gesamtunternehmerschaft, die Arbeitlosen in voller Lohnhöhe zu unterstützen. In diesem Falle werden die Kommunisten die zu bildende Regierung zur Durchführung dieser Maßnahmen parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen.

Wie ersichtbar, lauter praktische Forderungen, deren größter Teil dazu dienen würde, der augenblicklichen Notlage der arbeitenden Bevölkerung abzuhelfen. Trotzdem sie praktisch sind, sind sie zugleich revolutionäre Forderungen. In der heutigen Krise des Kapitalismus können eben die praktischen Forderungen der Arbeiterschaft nicht ohne Revolution verwirklicht werden. Aber nicht das Proletariat, sondern der Kapitalismus trägt die Schuld daran, daß das Proletariat nicht einmal seine augenblicklichen Bedürfnisse ohne revolutionäre Maßregeln zu stillen imstande ist. In der Tat, wollte man nur eine der vorgeschlagenen Forderungen der kommunistischen Partei erfüllen, es loderte augenblicklich in hellen Flammen der Bürgerkrieg in Sachsen auf. Man soll versuchen, die Orgesch zu entwaffnen, man soll versuchen, das Proletariat zu bewaffnen, man soll versuchen, die stillgelegten und verkürzt arbeitenden Betriebe zu enteignen, sie wiedereröffnen und durch die Betriebsräte weiterführen zu lassen. Man soll versuchen, die Sabotage der Bourgeosie zu brechen, die Arbeitslosen auf Kosten der Kapitalisten in die Betriebe einzustellen oder aber die Wohnungen der Reichen zu requirieren, um den arbeitenden Proletariern ein Obdach zu verschaffen — sofort wird die demokratische Bourgeosie zu den Waffen greifen und das Parlament samt ihren „sozialistischen" Ministern zum Teufel jagen, oder aber diese Regierung wird gezwungen sein, will sie ihre Maßnahmen wirklich durchführen, die bewaffnete Kraft des Proletariats in Anspruch nehmen; der Bürgerkrieg wäre nicht zu vermeiden, die Revolution wäre da.

Das wissen die Mehrheitssozialisten und die Rechtsunabhängigen sehr gut. Die Mehrheitler hüteten sich wohl, die durch die Kommunisten gestellten Bedingungen zu erörtern und wiesen sie glatt ab. Das können die Rechtsunabhängigen nicht gut tun, da sie gerne als „Revolutionäre" gelten und wenigstens den Schein ihres Revolutionarismus wahren möchten. Deshalb stellen sie auch ihrerseits gewisse Forderungen auf, die sie als minimale Forderungen bezeichnen, ohne die sie keine Koalition mit den Mehrheitlern zu bilden geneigt sind. Vorerst erklären sie, daß sie nur deshalb keine Diktatur des Proletariats und keine Räterepublik in Sachsen errichten, weil die Revolution in Sachsen allein nicht gemacht werden könne und die Reichsverfassung den einzelnen Landen keine genügende Autonomie gewähre, um den Sozialismus im eigenen Rahmen verwirklichen zu können. Also steht dem Sozialismus in Sachsen nichts gegenüber, außer daß er zur Reichsverfassung im Gegensatz steht. Schauen wir uns jetzt die Gegenforderungen der Rechtsunabhängigen an.

Die Bourgeosie ist bis an die Zähne bewaffnet. Die Orgesch steht zum Losschlagen bereit da. Die Kommunisten, wie wir gesehen haben, fordern deshalb die ernsthafte Entwaffnung der konterrevolutionären Organisationen und die ernsthafte Bewaffnung des Proletariats. Die Unabhängigen fordern die Entwaffnung der Orgesch nicht. Sie erwähnen diese demokratische Institution mit keiner Silbe, wahrscheinlich deshalb, weil die deutsche Regierung sie offiziell nicht anerkennt und deshalb sie auch für die Rechtsunabhängigen nicht existiert. Und diese sind zur illegalen Tätigkeit nicht geneigt, auch dann nicht, wenn diese nur aus der Kenntnisnahme einer illegalen Organisation der Bourgeosie besteht. Die Orgesch existiert offiziell nicht, also existiert sie überhaupt nicht. Und da sie nicht existiert, kann man auch ihre Entwaffnung nicht fordern. Hingegen fordern auch sie die Schaffung von „Institutionen" zum Selbstschutz des Proletariats. Natürlich können diese „Institutionen" sein, wie sie wollen. Sie müssen nicht aus der Bewaffnung des Proletariats bestehen. Die Entwaffnung der Bourgeosie und die Bewaffnung des Proletariats wäre das einzige Mittel zur Abwehr von Gegenrevolutionen, zugleich führte aber diese Methode zur Revolution. Das wollen aber die Rechtsunabhängigen nicht, denn das bedeutete nicht nur die Anerkennung der Revolution in Worten, sondern die revolutionäre Tat selbst. Und davor schrecken diese guten Revolutionäre, wie immer, auch jetzt zurück.

Das Proletariat leidet Elend. Die Arbeitslosigkeit steigt ins Riesenhafte. Die Werke sind geschlossen oder arbeiten verkürzt. Die Bourgeosie sabotiert und wirft ihre Arbeiter auf die Straße, diese finden infolge der Wohnungsnot nicht einmal eine Unterkunft für sich und ihre Familie. Die kommunistische Partei fordert sofort wirksame Maßnahmen. Es sind genug Räumlichkeiten in einer jeden Großstadt, nur spreitzen sich die Reichen darin. Es gibt genug Arbeitsgelegenheit, die Bourgeosie sperrt aber ihre Arbeiter aus ihren Werken. Es gibt geügende Lebensmittel, um den Arbeiter besser zu versorgen als es heute geschieht, wenn man nur der Spekulation des reichen Bauers und der Schlemmerei der Reichen einen Damm vorlegt. Deshalb: Requieren der überflüssigen Wohnungen und Räumlichkeiten, Enteignen der stillgelegten Fabriken, Beschlagnahmung der Lebensmittel, die zur Nahrung der arbeitenden Klassen notwendig sind. Das sind nicht einmal Forderungen des Kampfes für die sozialistische Gesellschaft, das sind Maßnahmen zur Stillung der momentanen Bedürfnisse. Anstatt dessen fordern die Rechtsunabhängigen das Bauen von Wohnungen, nein, nicht einmal das, weil das auch höchst radikal wäre. Sie fordern nur, daß der Wohnungsbau „gefördert" wird. Sie fordern, daß „staatliche Fürsorge zu treffen ist zur Ernährung der werktätigen Bevölkerung, durch befriedigende Lebensmittelsendungen". Von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, von Bekämpfung der Sabotage der Bourgeosie keine Silbe, wahrscheinlich aus demselben Grunde, aus welchem sie von der Orgesch keine Erwähnung taten: der Kapitalismus anerkennt keine Arbeitslosigkeit, also existieren keine Arbeitslosen. Es gibt nur Faulenzer und Arbeitsscheue. Mit ganzer Wucht wird aber das neueste Wundermittel der Hilferdinge, die Sozialisierung, gefordert. Die Kommunisten sagen: Enteignung der Werke, die Rechtsunabhängigen verlangen hingegen, daß die „Sächsiche Regierung entschieden auf die Reichsregierung einwirke, damit die Produktionsmittel und der Warenaustausch sozialisiert werden". Der Warenaustausch in sozialistischer Form, das ist der Sozialismus der Hilferdinge. Diese Forderung wird dann stilgemäß durch die andere, die bürgerliche Demokratie, verewigend ergänzt: die Gemeindereform wird auf der Grundlage der „breitesten Autonomie" gefordert. Also: Erhaltung der kapitalistischen Produktion und des kapitalistischen Warenaustausches „in sozialisierter Form" und Erhaltung der bis an die Zähne bewaffneten deutschen Demokratie.

Auf Grundlage dieser Forderungen haben die Rechtsunabhängigen Sachsens beschlossen, mit den Mehrheitssozialisten zwecks Bildung einer Regierung in Verhandlung zu treten. Diese Regierung wird auch zustande kommen. Sie wird sich aber auch auf die bürgerlichen Parteien stützen müssen, da sie die revolutionären Forderungen der Kommunisten zu erfüllen weder geneigt noch imstande sein wird. Sie wird, trotzdem sie sich „sozialistisch" bezeichnen wird, eine gegenrevolutionäre Politik betreiben müssen. Die Kommunisten aber werden darauf hinweisen können, daß sie geneigt waren, eine die Revolution fördernde Politik im vollen Maße zu unterstützen, sie werden auch dem unaufgeklärtesten deutschen Arbeiter klar machen können, was für „sozialistische" Parteien es sind, welche lieber die Befehle der Bourgeosie ausführen, damit sie ja nicht solche Maßnahmen zu ergreifen genötigt seien, welche der Bourgeosie zwar schaden, dem Proletariat aber sofort wirksam nützen würden.

Damit erfüllen die Kommunisten in Sachsen ihre Aufgabe im Parlament: sie entlarven nicht nur die Bourgeosie, sondern auch ihre Handlanger, die Sozialpatrioten. Sie betreiben einen revolutionären Parlamentarismus.

QUELLEN

Anton Pannekoek	Der Imperialismus...., in: VORBOTE, Internationale Marxistische Rundschau, Hg. A. Pannekoek und Henriette Roland-Holst. Nr.1, Januar 1916 (Düsseldorf). S.7-19.
	Die Entwicklung....., in: KOMMUNISMUS, Zeitschrift der Kommunistischen Internationale, 1.Jg. Heft 28/29, 1. August 1920 (Wien: Verlag der KP Deutsc österreichs. Redaktion: Gerhart Eisler). S.976-1018.
G.L. (Georg Lukács)	Zur Organisationsfrage...., in: KOMMUNISMUS, 1.Jg. Heft 3, 8.Februar 1920. S.14-18.
	Zur Frage des Parlamentarismus, in: KOMM., 1.Jg. Heft 6, 1.März 1920. S.161-172.
Paul Friedländer (Ernst Reuter)	Die Beteiligung...., in: KOMM., 1.Jg. Heft 24, 26.Juni 1920. S.811-820.
L.R. (Rudas)	Revolutionärer Parlamentarismus, in: KOMM., 1.Jg. Heft 46, 14.Dezember 1920. S.1667-1674.

VORBOTE

Internationale Marxistische Rundschau

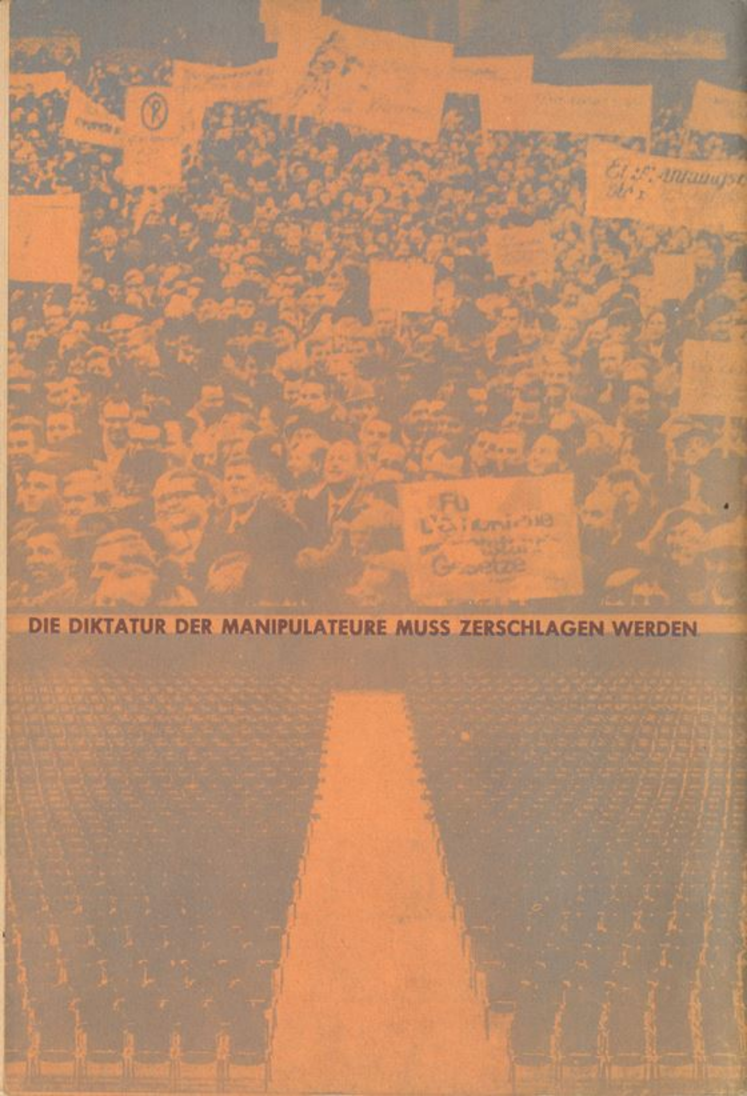
Herausgeber: **Anton Pannekoek** und **Henriette Roland-Holst**

Januar 1916 **Nr. 1**

INHALT:

Preis 50 Pf., 50 Rp., 50 H.

Bestellungen sind an die Adresse: **Fritz Platten, Zürich,** Rotachstrasse 23, **Sendungen** für die Redaktion sind an die Adresse: **Unionsdruckerei Bern,** Kapellenstrasse 6, zu richten.


Gesetze
DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS ZERSCHLAGEN WERDEN